Nr. 34 × 19. Jahrgang

Berlin, 26. August 1911

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis Mk. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Inserate für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 60 Pfg. Vergnügungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg. Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die Ueberwachung der Fabriken.

ff. Wer weiß es nicht, daß die Unternehmer gegenüber den Arbeitern den protzigen Herrenstandpunkt einnehmen: Jeder Ausbeuter will unser Herr sein! Niemand soll die Kommandogewalt der Herren einschränken oder kontrollieren dürfen, deshalb ist ihnen auch die staatliche Gewerbeaufsicht, ist ihnen jede echte Sozialreform in tiefster Seele verhaßt. Dennoch unterliegt es für keinen unabhängigen unparteiischen Menschen einem Zweifel, daß die Ueberwachung der Betriebe schon aus rein technischen Gründen nicht einem einzigen Menschen, der noch dazu Partei ist, überlassen werden darf. Auch wenn unsere Unternehmer die Genies wären, als die sie sich ausgeben, und die Engel, als die sie von ihren bezahlten Söldlingen gepriesen werden, auch dann wäre es ihnen bei der zunehmenden Vergrößerung der Betriebe und der wachsenden Kompliziertheit der heutigen Produktionsbedingungen unmöglich, alles zu übersehen und im rechten Geleise zu erhalten.

Heute zerbrechen sich die Unternehmer nur über ein Problem die Köpfe: Wie läßt sich ein ökonomischer Betrieb sichern? Wodurch können die Produktionskosten verringert werden? Sparsamkeit ist das erste Ziel aller Maßnahmen, die der Unternehmer trifft, Erhöhung der Produktivität das zweite. Wir sind die letzten, die dem Unternehmer daraus einen Vorwurf machen wollten, und mit uns sieht es jeder vernünftige Arbeiter ein, daß mit dem Rohmaterial wie mit den Hilfsstoffen gut gewirtschaftet werden muß. Die Arbeiter haben auch grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, daß behufs Erzielung einer ökonomischen Betriebsweise Vorkehrungen getroffen werden, wenn anders keine Sparsamkeit erzielt werden kann. Allein es kommt doch viel auf die Art an, wie diese Ueberwachung eingerichtet ist und gehandhabt wird.

Schon bei kleineren Betrieben vermag heute der Unternehmer nicht mehr alle Vorgänge zu verfolgen; was dann erst bei großen Etablissements, wo die Zahl der Beschäftigten in die Hunderte und Tausende geht, die Werkstätten und die verschiedenen Arbeitsprozesse infolge der Arbeitsteilung die Uebersicht erschweren? In solchen Unternehmungen verschwindet nicht bloß der einzelne Arbeiter in der Gesamtheit, da geht auch dem Unternehmer die Möglichkeit einer unmittelbaren Kontrolle verloren. Seine Stelle übernimmt eine ganze Reihe von Organen, aus der individuellen Ueberwachung wird eine summarische. Und summarisch ist auch das Verfahren, wenn es gilt, einen Arbeiter zu richten, der sich gegen die Vorschriften der Fabrikordnung oder gegen die Verfügungen der Vorgesetzten vergangen hat. Man muß nur wissen, daß diese Aufsichtsorgane gleichfalls das naturgemäße Bestreben haben, sich die Sache so einfach und leicht als nur möglich zu machen, daß ihr Interesse dahin geht, sich bei dem Chef einen Stein ins Brett zu legen und ihm von ihrer Vortrefflichkeit eine gute Ueberzeugung beizubringen. Daß das sehr häufig nicht mit den allerlautersten Mitteln angestrebt wird, daß dabei allerhand menschliche Schwächen, politische Leidenschaften und gesellschaftliche Vorurteile eine oft allzugroße Rolle spielen, ist eine bekannte Sache. Welcher unserer Leser hat nicht schon so einen Streber kennen zu lernen Gelegenheit gehabt? Solche Exemplare kommen in jeder Fabrik vor, und es sind nicht immer die Werkführer, Vorarbeiter und andere Vorgesetzte, die — ausgerüstet mit der ganzen Unbildung ihres Unteroffizierstandes — das Wesentliche ihrer Aufgabe darin erblicken, zu jeder Stunde gegenüber den ihnen unterstellten Arbeitern den scharfschnauzigen strammen Stellvertreter des Chefs hervorzukehren; die niemals ein Unrecht zugeben, das sie begangen haben, auch wenn es noch so offenkundig zutage liegt; die in jedem Irrtum des Arbeiters ein strafwürdiges Verbrechen ahnden zu müssen glauben, und die auch sonst stets päpstlicher als der Papst sind. Diese Unterläufer des Chefs vermeinen dessen Interessen zu dienen, wenn sie sich in alle, auch in die privaten und intimsten Angelegenheiten des Arbeiters mengen, seine Gesinnung ausschnüffeln und das Resultat auch für die Beurteilung seiner Leistungsfähigkeit verwerten. Solche Vorgesetzte sind zumeist selbst nicht die sachlich tüchtigsten Kenner ihres Metiers, verstehen ihr Handwerk oft nur oberflächlich und sind infolgedessen bemüht, die Lücken ihres Wissens durch anderweitige Beflissenheit zu verhüllen. Wehe dem Arbeiter aber, der es sich beifallen läßt, die sachliche Unzulänglichkeit solcher Herren aufzudecken! Er muß seine Verwegenheit nicht selten mit langer Schikane des so entblößten Herrn büßen.

Aber sehen wir von der geistigen und moralischen Mangelhaftigkeit des Materials, welches sich den Unternehmern zum Zwecke der Ueberwachung der Arbeiter anbietet, gänzlich ab. Nehmen wir das Unwahrscheinliche und Unmögliche an, daß der große Durchschnitt der Kontrollorgane einer Fabrik von ganz leidlicher Beschaffenheit sowohl, was die fachliche Sachkenntnis, als was die menschliche Qualität betrifft, durchaus allen Anforderungen und darüber entspricht. Ist damit allein schon die Garantie gegeben, daß der Zweck der Ueberwachung auch wirklich voll und ganz erreicht wird? Ist es überhaupt in der Mehrzahl der Fälle, wo es sich um komplizierte Betriebe handelt, praktisch durchführbar, jeden einzelnen kleinen Fehler aufzuspüren und in allen Winkeln einer weitläufigen Unternehmung herumzustöbern? Jeder, der Erfahrung hat in solchen Dingen, kann darauf nur mit „Nein" antworten. Der beste Wille, der stärkste Eifer, die zäheste Ausdauer reicht nicht aus, um Verschwendungen mit dem Arbeitsmaterial und andere Mängel ausfindig zu machen, als solche zu erkennen und auch tatsächlich sowie dauernd zu beseitigen. Nicht einmal, wenn die Zahl der Aufsichtsorgane verdoppelt wird, ist dieses gewiß wünschenswerte Ziel zu erreichen, und das einzige, was bei einer Verschärfung der Kontrollmaßnahmen in der Regel herauskommt, ist — Antreiberei. Wo aber diese vorherrscht, da kann man ziemlich sicher annehmen, daß es überhaupt nicht klappt, daß in der Organisation und Verwaltung des Betriebes Fehler sind, daß die Leitung und Geschäftsführung nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. „Wie der Diener so der Herr" heißt nichts anderes, als daß die Diener so sind wie der Herr, daß man aus ersteren auf letzteren schließen kann. Ist der Herr schlampert, unzuverlässig, unreell, unsolid, dann färben diese Eigenschaften nur zu oft auch auf die Untergebenen ab; das böse Beispiel wirkt ebenso, vielleicht sogar noch mehr wie das gute. Das gilt insbesondere für diejenigen, die durch die Stellung im Betriebe dazu berufen sind, die Aufträge des Chefs an die Arbeiter weiter zu geben und deren Leistungen zu überwachen. Ein brutaler Arbeitgeber umgibt sich gerne mit ebensolchen Aufsichtsorganen; ein menschlich fühlender Unternehmer, der seiner Sache gewiß ist und sich selbst genug Verstand und Urteilsfähigkeit zutraut, um über Dinge und Menschen ein Werturteil zu gewinnen, wird auf die Augendienerei seiner Beamten und Werkmeister gerne verzichten und nicht mehr fordern, als daß sie ehrlich ihre Pflicht erfüllen. Und eben dasselbe werden menschlich und klardenkende Vorgesetzte von den Arbeitern verlangen, ohne ihnen deshalb gram zu sein, wenn sie sich darauf beschränken und alle Geschäftelhuberei sowie die gewisse Liebedienerei außerhalb der Werkstatt beiseite lassen. Der Arbeiter vermietet nur seine Arbeitskraft und nur für eine bestimmte Zeit; mehr darf der Unternehmer, darf auch dessen Stellvertreter nicht begehren. Gesinnung und Ueberzeugung, alles das, was das innere Leben des Menschen, seine Seele und sein Wesen ausmacht, haben den Unternehmer nicht zu kümmern. Wer da glaubt, wer weiß welchen Vorteil für sein Geschäft zu ergattern, wenn er die Arbeiter desselben zu charakterlosen Subjekten erniedrigt, der begibt sich auf den Holzweg und schädigt seine Interessen, beziehungsweise die des Unternehmers. Er beweist damit nur, daß er selbst so niedrig steht und höherwertige Arbeiter weder zu würdigen noch zu meistern versteht. Gewiß sind moralisch unentwickelte oder unreife Arbeiter in seiner Fabrik oder Werkstatt ein Beweis, daß es auch unter den Proletariern nicht durchwegs gute Menschen und charakterfeste Männer gibt; aber das Ueberwiegen solcher Elemente ist zugleich ein Armutszeugnis für den betreffenden Unternehmer selbst. Wo derartiges Volk noch dazu gehätschelt wird als eine Art Gegengewicht gegen die übrigen Arbeiter, deren Klassenbewußtsein sie in eine viel höhere, reinere Atmosphäre erhebt, da kann man sicher sein, daß es auch sonst mit der Arbeit nicht zum besten bestellt ist, und daß die geschäftlichen Interessen verkannt und vernachlässigt werden. Kein noch so kostspieliger Kontrollapparat vermag die verständnisvolle Mitarbeit zu ersetzen, die die Arbeiter eines Betriebes leisten können. Nichts ist imstande, die Ueberwachung der Arbeitsprozesse in einer Unternehmung — nicht überflüssig zu machen, sondern — derart zu vervollständigen, wie der gute Wille und die Aufmerksamkeit der Arbeiter.

Diese Aufmerksamkeit aber läßt sich weder durch Brutalitäten der Vorgesetzten erzwingen, noch durch Kniffe erlisten, noch durch Protektion erschmeicheln. Wer einseitig Gunst und Gnaden austeilen zu müssen glaubt, der hat für die übrigen, meist minder sklavisch veranlagten Naturen Willkür und Schikanen zur Hand; der wird aber dann weder das Vertrauen der einen noch das der anderen Seite gewinnen. Redlichkeit im Verkehr mit den Arbeitern ist daher das beste Mittel, um diese zur Förderung der Interessen des Unternehmens zu bewegen und sie zu treuen Mitarbeitern heranzuziehen. Hat ein Unternehmer den guten Willen der Arbeiter erweckt, so hat er damit die wirksamste Ueberwachung seines Betriebes geschaffen.

Der paritätische Arbeitsnachweis.

IV.

Unzufriedenheit mit dem obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweis ist vorhanden. Diese Tatsache läßt sich nicht bestreiten. Und diese Unzufriedenheit besteht auf beiden Seiten. Bei den Arbeitern sind es nicht nur die Sonderorganisationen, die bei dieser Regelung der Arbeitsvermittelung nicht auf ihre Kosten kommen, auch in den Reihen des Holzarbeiterverbandes gibt es unzufriedene Elemente, deren Schmerz begreiflich ist. Wer es sonst gewohnt war, beim Wechsel des Arbeitsplatzes sofort eine andere Stelle anzutreten, der empfindet es bitter, nun warten zu müssen, bis auf dem Arbeitsnachweis die Reihe an ihm ist. Handelt es sich dabei um das Haupt einer zahlreichen Familie, die vielleicht sonst noch vom Unglück verfolgt war, dann wird das untätige Warten auf Arbeit doppelt schmerzlich empfunden. Aber bei der Beurteilung der uns hier beschäftigenden Frage kann diesem Moment eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden. Die Frage kann nur so gestellt werden: Liegt der obligatorische paritätische Arbeitsnachweis im Interesse der Gesamtheit des Gewerbes? Und da unterliegt es keinem Zweifel, daß diese Frage entschieden zu bejahen ist.

Wir wollen doch nicht außer Acht lassen, daß sich der obligatorisch-paritätische Arbeitsnachweis erst am Anfang seiner Entwickelung befindet. Er wird jedenfalls aus den Erfahrungen der Praxis heraus noch mancherlei Verbesserungen erfahren, aber ob wir jemals dazu kommen, daß alle Einzelwünsche befriedigt werden können, möchten wir doch ernstlich bezweifeln. Aber das ist kein Grund, die ganze Einrichtung fallen zu lassen und alles laufen zu lassen, wie es läuft. Daß die Regelung der Arbeitsvermittelung einen riesigen Fortschritt gegenüber den anarchischen Zuständen bedeutet, die früher auf diesem Gebiete herrschten, kann nur der bestreiten, der jene Zustände aus eigener Erfahrung nicht kennen gelernt hat, oder dem sie aus der Erinnerung verschwunden sind.

Was den Arbeitgebern die neueste Form der Arbeitsvermittelung so unangenehm macht, ist das Obligatorium, das heißt die Verpflichtung, alle offenen Stellen beim Arbeitsnachweis anzumelden, und nur durch diesen Arbeitskräfte zu beziehen. Aber gerade auf das Obligatorium muß der größte Wert gelegt werden. Es ist übrigens merkwürdig, daß gerade bei dem paritätischen Arbeitsnachweis das Obligatorium bekämpft wird, während von einem Widerspruch aus Arbeitgeberkreisen gegen den Zwang zur Benutzung des Arbeitsnachweises noch nichts bekannt geworden ist, sofern dieser ausschließlich von den Unternehmern verwaltet wird. So schreibt zum Beispiel der Leiter des Verbandes der Eisenindustrie Hamburgs, Ingenieur Thielkow, den man wohl als den Vater des Systems einseitiger Arbeitgebernachweise nach Hamburger Muster ansehen kann, welches eine ziemliche Verbreitung im Reiche erlangt hat, über dieses System: „Ein Arbeitsnachweis Hamburger Systems ist eine börsenartige Einrichtung, welche von den Arbeitgebern getroffen ist, um einen Ausgleich auf dem Arbeitsmarkt für Angebot und Nachfrage zu schaffen. Um eine möglichst gleiche Beteiligung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer herbeizuführen, ist die Benutzung für beide Teile in gleicher Weise obligatorisch gemacht, das heißt, der Arbeitgeber hat dem Nachweis zur Erlangung von Arbeitskräften die zu besetzenden Stellen seines Betriebes aufzugeben, und auch der Arbeitnehmer soll zur Erlangung von Beschäftigung den Nachweis benutzen." („Arbeitgeber-Zeitung", Jahrg. 1909, Nr. 50.)

Gegen das Verlangen, daß die Arbeitsnachweise einseitig von den Unternehmern verwaltet werden sollen, brauchen wir an dieser Stelle nicht zu polemisieren, zumal ja der Gedanke einseitiger Arbeitgebernachweise für die Holzindustrie seiner völligen Aussichtslosigkeit wegen von den maßgebenden Stellen im Schutzverband nicht mehr verfolgt wird. Aber daß ein Nachweis nur dann seine Aufgabe voll erfüllen kann, wenn seine Benützung für beide Teile obligatorisch ist, liegt auf der Hand.

Es wäre interessant, einmal den wirklichen Gründen nachzugehen, welche das Obligatorium des Arbeitsnach-

weises manchen Unternehmern so unsympathisch machen. Man dürfte dann wahrscheinlich finden, daß die Unzufriedenheit mit dem Arbeitsnachweis Hand in Hand geht mit der Unlust am Tarifvertrag. Die Zahl der Unternehmer, die sich nur widerwillig den Pflichten aus dem Tarifvertrag unterwerfen, ist noch recht groß. Diesen Herren ist es sehr angenehm, wenn sich möglichst viele Arbeiter um eine offene Stelle bei ihnen bewerben. Wird ihnen doch durch das Ueberangebot an Arbeitskräften erleichtert, von den Vertragsbestimmungen hinsichtlich des Lohnes, der Arbeitszeit usw. Abweichungen zuungunsten der Arbeiter zu treffen. Solchen Versuchen entgegenzutreten, liegt aber gleichermaßen im Interesse der vertragstreuen Unternehmer wie der Arbeiter. Die obligatorische Benutzung des Arbeitsnachweises, der ein Bestandteil des Tarifvertrages ist, beugt solchen Versuchen wirksam vor.

Die konsequente Durchführung des Obligatoriums liegt übrigens durchaus nicht einseitig im Interesse der Arbeiter, die rechtlich denkenden Arbeitgeber sind, abgesehen von dem eben erwähnten Fall, in gleichem Maße daran interessiert. Nicht immer ist nämlich ein Ueberangebot von Arbeitskräften vorhanden, mitunter sind die Arbeiter ein recht rarer Artikel; daß in solchen Zeiten die Arbeitgeber sich gegenseitig die Arbeiter abspenstig zu machen suchen, oder daß ein Unternehmer imstande ist, dem andern die besten Arbeitskräfte wegzuholen, wird wohl schwerlich als ein erstrebenswerter Zustand bezeichnet werden können.

Die Schwäche der Argumentation in dem Artikel des Herrn Rahardt, die den Anstoß zu dieser Arbeit gegeben hat, tritt so recht zutage in den Fragen, die dort aufgeworfen werden, und die für eine Abhilfe besonders in Betracht kämen. „Was soll geschehen," so frägt er, „wenn der Nachweis ungeeignete Leute schickt?" Wir gestatten uns, diese Frage mit einer Gegenfrage zu beantworten. Was geschieht, wenn der Arbeitgeber ohne Benutzung des Arbeitsnachweises ungeeignete Leute einstellt? Daß dieser Fall eintritt, wird wohl nicht bestritten werden, denn man kann dem Aeußeren des auf ein Inserat oder beim Umschauen vorsprechenden Arbeiters nicht ansehen, was er leistet. Im Gegensatz zu Herrn Rahardt sind wir der Meinung, daß dieses Moment gerade für den Arbeitsnachweis spricht. Die Arbeitsvermittler sind auf Grund ihrer Personenkenntnis meist in der Lage, annähernd richtig zu schätzen, ob der sich Meldende für die in Frage kommende Stelle geignet ist, so daß der Arbeitgeber eher Aussicht hat, den richtigen Mann zu erhalten, als wenn er ihn aufs Geratewohl aussucht.

„Was soll geschehen," frägt Herr Rahardt weiter, „wenn geeignete Leute ohne ersichtlichen Grund die Stelle ausschlagen?" Auch hier ist daran zu erinnern, daß der umgekehrte Fall ebenfalls nicht selten eintritt. Man muß sich eben in Gottes Namen darein finden, wenn ein Arbeitsvertrag nicht zustande kommt, weil der eine Teil einen solchen nicht abschließen will. Von einem erzwungenen Arbeitsvertrag würden beide Teile unbefriedigt sein. Abgesehen davon, daß solche Fälle in der Praxis nicht gar häufig vorkommen, sorgen doch auch die entsprechenden Bestimmungen in den Arbeitsnachweis-Regulativen dafür, daß mit dem Ablehnungsrecht kein Mißbrauch getrieben wird. Ueberdies würde eine Beseitigung des Obligatoriums schwerlich imstande sein, den gerügten Mangel zu beseitigen.

Wenn schließlich Herr Rahardt die Frage aufwirft, welche Maßnahmen getroffen werden können, um einer absichtlichen Außerkurssetzung der kostspieligen Einrichtung der paritätischen Nachweise entgegenzutreten, so möchten wir darauf antworten, daß sich vor allen Dingen die beiderseitigen Organisationsleitungen hüten müssen, diese Einrichtung zu diskreditieren. Die Verhandlungen, die im Jahre 1907 zwischen den beiderseitigen Zentralvorständen über den paritätischen Arbeitsnachweis in der Holzindustrie geführt wurden, berechtigen doch zu dem Schluß, daß man auf beiden Seiten die Zweckmäßigkeit des obligatorisch-paritätischen Arbeitsnachweises im Prinzip anerkennt. Die Gründe, die zu dieser Erkenntnis geführt haben, können hierbei unerörtert bleiben. Es liegt in der Natur der Sache, daß eine Neuerung, wie die vorliegende, sich nicht im Fluge die Herzen erobert. Sie verlangt von manchem ein Brechen mit alteingewurzelten Gewohnheiten, und es ist daher erklärlich, daß sie Widerspruch weckt. Nun tritt für die Organisationsleiter der Zeitpunkt ein, wo sie den ihnen nachgerühmten Weitblick durch die Tat beweisen müssen. Sie dürfen sich nicht aus der Ruhe bringen lassen; das Weitergeben und Vertreten energisch vorgetragener aber sachlich wenig oder gar nicht begründeter Klagen ist kein Zeichen von Stärke. Aufklärung und Belehrung im eigenen Lager sind da viel besser angebracht.

Es liegt uns fern, alle Bestimmungen in den jetzt geltenden Regulativen für die paritätischen Arbeitsnachweise als sakrosankt anzusehen, über manche von ihnen wird zu reden sein. Wenn es auch als ausgeschlossen gelten darf, daß wir auf das Obligatorium verzichten, so ist es doch denkbar, daß man auf Grund der inzwischen in der Praxis gesammelten Erfahrungen dazu kommen kann, zulässige Ausnahmen zu formulieren und die Voraussetzungen zu umschreiben, in welchen von der strengen Einhaltung der Nummerfolge bei der Vermittelung abgewichen werden darf. Deshalb ist auch die von Herrn Rahardt gegebene Anregung zu begrüßen, die Verhandlungen über den paritätischen Arbeitsnachweis, die im Jahre 1907 in Eisenach und Kassel geführt wurden, wieder aufzunehmen. Wir hoffen zuversichtlich, daß bei einigermaßen gutem Willen auch auf diesem Gebiete eine Verständigung möglich ist.

Die Reichsversicherungsordnung.

5. Der Rechtsraub.

Als einen Rechtsraub hat ein bürgerliches Blatt, die „Frankfurter Zeitung", die Neugestaltung der Verwaltung der Krankenkassen mit vollem Recht bezeichnet. Hier stehen wir am Kernpunkt des neuen Gesetzes; hier handelt es sich um die Bestimmungen, die diesem „großen sozialpolitischen Werk" den Stempel der Arbeiterfeindlichkeit, ja den Stempel eines Ausnahmegesetzes gegen dieselbe Arbeiterschaft, der es doch nach den salbungsvollen Sprüchen der bürgerlichen Presse „zum Segen gereichen" soll, aufdrücken.

Bisher hatten die versicherten Arbeiter in der Ortskrankenkasse zwei Drittel der Beiträge zu zahlen und besaßen dafür auch zwei Drittel der Vertretung im Vorstand und zwei Drittel des Stimmrechts; die Unternehmer dagegen zahlten ein Drittel der Beiträge und hatten folglich auch nur ein Drittel der Vertretung und des Stimmrechts. Man darf dieses Verhältnis der beiderseitigen Verwaltungsrechte aber nicht als ein rein finanzielles ansehen. Das Institut der Krankenkassen ist geschaffen für die versicherten Arbeiter. Ihre Gesundheit soll durch die Kassen geschützt und gepflegt werden, sie haben ein starkes persönliches, man kann sagen körperliches Interesse an der Verwaltung der Kassen. Eine gute Verwaltung kann ihnen Vorteile nicht nur finanzieller Art, sondern Vorteile für Leib und Leben bringen, eine schlechte Verwaltung dagegen ebenso große Nachteile. Das Interesse der Unternehmer liegt lediglich auf dem finanziellen Gebiet, soweit nicht ausnahmsweise solche Unternehmer in Frage kommen, die einen weiteren sozialpolitischen Blick und größeres Verständnis für den großen Wert einer gesunden, leistungsfähigen Arbeiterschaft haben.

Durch das Uebergewicht der versicherten Arbeiter in der Kassenverwaltung ist eine Menge Nützliches geschaffen worden. Wenn die Unternehmerpresse bisher prahlerisch auf die großen Leistungen der sozialen Versicherung hinwies, so vergaß sie stets daran zu erinnern, daß ein sehr erheblicher Teil dieser Leistungen nur der Initiative der versicherten Arbeiter zu danken ist, die gern höhere Beiträge zahlten, wenn ihre Kassen gut verwaltet wurden und die Leistungen an die erkrankten Mitglieder so hoch als nur irgend möglich zu steigern bemüht waren.

Aber die Kassen hatten einen großen Fehler. Sie sollten nach den Berechnungen der Arbeiterfeinde dem Zweck dienen, die Entwickelung der Sozialdemokratie zu hemmen. Bald aber mußte man wahrnehmen, daß Arbeiter, die wegen des Eintretens für die Interessen ihrer Kollegen gemaßregelt worden waren, in den Krankenkassen wieder Anstellung fanden. Die Absicht brutaler Unternehmer, mißliebige Arbeiter durch den Hunger mürbe zu machen, wurde also oft verfehlt, und dazu kam noch, daß gerade diese intelligenteren Arbeiter die besten Kassenbeamten wurden.

Viele von ihnen, die vorher nicht bloß gewerkschaftlich, sondern auch politisch tätig gewesen waren, arbeiteten sich mit großem Eifer in die Geschäfte der Kassenverwaltung ein, setzten ihren Stolz in eine mustergültige Verwaltung und möglichst große Leistungsfähigkeit ihrer Kasse. Oft wurden die Kräfte dieser aus dem Arbeiterstande hervorgegangenen Kassenbeamten von ihrem neuen Beruf so erschöpfend in Anspruch genommen, daß sie ihre Arbeit im Dienste der politischen Partei völlig einstellten und nicht selten auch in ihrer Gewerkschaft in den Hintergrund traten. Diese Entwickelung der Verhältnisse zeigt zugleich, daß es ein unerhörter Schwindel war, wenn in den Kämpfen um die Reichsversicherungsordnung gegen die Kassen die Verleumdung geschleudert wurde, sie gewährten 5000 sozialdemokratischen Agitatoren angenehme Versorgungsposten. Nicht der zehnte Teil dieser Zahl von Kassenbeamten sind sozialdemokratische Agitatoren. Aber, so darf man fragen, wenn es je so wäre, wenn wirklich die versicherten Arbeiter in die Verwaltung der zu ihren Gunsten geschaffenen Kassen nur oder vorwiegend ihre eigenen Vertrauensmänner, die im politischen und gewerkschaftlichen Kampf voranmarschieren, wählen würden, was täten sie anderes, als jede andere politische Partei und Berufsklasse? Hat nicht die konservative Partei Preußens überall dort, wo sie die Herrschaft besitzt, alle öffentlichen Aemter durch Männer aus ihren eigenen Reihen besetzt? Finden wir nicht in Zentrumsgegenden, daß nahezu alle Beamte waschechte Zentrumsleute sind? Oder verschenken die Nationalliberalen dort, wo sie die Mehrheit haben, die zu vergebenden Aemter an Mitglieder anderer Parteien, wählen die Freisinnigen in den Städten, in denen sie die Macht haben, konservative oder sozialdemokratische Bürgermeister? Jede Partei und Volksklasse sieht es als selbstverständlich an, die zu vergebenden Verwaltungsstellen in erster Linie mit ihnen nahestehenden Personen zu besetzen. Nur der Arbeiterschaft soll es verboten sein, Männer aus den eigenen Reihen in der Verwaltung der Institute anzustellen, die für die Arbeiter geschaffen sind und in denen sie ein Wort mitzureden haben. Dabei kann man nicht den Schatten des Beweises dafür erbringen, daß es in Arbeiterkreisen an geeigneten Kräften fehle.

Zwar hat man schon seit zirka einem Jahrzehnt alle Anstrengungen gemacht, um Beweise für die angebliche Mißwirtschaft in den „sozialdemokratischen" Krankenkassen zu sammeln. Die Regierungen haben durch Fragebogen Erhebungen angestellt. Aber das Ergebnis all dieser Schnüffeleien war so dürftig, daß man sich genierte, es zu veröffentlichen. Das hinderte jedoch die Feinde der Selbstverwaltung nicht, immer aufs neue ihre Verleumdungen zu verbreiten und vereinzelte Vorkommnisse, die nach Herzenslust aufgebauscht und entstellt wurden, nach allen Regeln der Kunst auszuschlachten.

Allüberall in der Welt geht es menschlich zu, und auch in den Krankenkassen kommen Mißgriffe vor. Vergleicht man aber die Zahl der wirklichen Verfehlungen auf diesem Gebiet mit der Zahl der Bestrafungen von Staats- und Gemeindebeamten, so ergibt sich eine geradezu mustergültige Verwaltung der Kassen. Als nach der ersten Erhebung über die „Mißstände" in den Krankenkassen die Regierung gedrängt wurde, ihr Material vorzulegen, wartete sie mit 40 bis 50 zum Teil bis zu 15 Jahren zurückliegenden Fällen auf. Bei 15 000 Kassen, die der schärfsten Kontrolle unterstehen! Diesem mageren Ergebnis standen 1300 Staats- und Gemeindebeamte gegenüber, die allein im Jahre 1910 wegen Vergehen und Verbrechen im Amte verurteilt wurden, darunter 910 wegen Unterschlagung. Alle diese Tatsachen und Vernunftgründe aber prallten ab an dem Bestreben der Scharfmacher und ihrer Handlanger in der Regierung, die Krankenkassenverwaltung den versicherten Arbeitern zu entreißen. Nach dem Regierungsentwurf sollte das auf dem Wege geschehen, daß an die Stelle der Drittelung der Beiträge die Hälftelung treten sollte, d. h. Unternehmer und Arbeiter sollten je die Hälfte der Beiträge bezahlen und je die Hälfte der Stimmen im Vorstand haben. Der Vorsitzende sollte nur als gewählt gelten, wenn er die Mehrheit der Arbeitervertreter und der Unternehmervertreter zugleich für sich hatte. Im anderen Falle sollte die Aufsichtsbehörde den Vorsitzenden ernennen, auch wenn dieser von allen Vorstandsmitgliedern nicht eine Stimme erhielte. Damit war das Selbstverwaltungsrecht zertrümmert. Aber die Unternehmer hätten dafür ein finanzielles Opfer bringen müssen. Die Erhöhung ihres Beitragsanteils von einem Drittel auf die Hälfte hätte dem Unternehmertum eine Mehrausgabe von 50 bis 60 Millionen Mark pro Jahr auferlegt. In der Reichstagskommission entdeckten nun die Vertreter der Unternehmerinteressen, daß die Erweiterung der Rechte der Unternehmer auf Kosten der Rechte der Arbeiter auch umsonst zu haben sei. Sie beschlossen, die Hälftelung der Beiträge abzulehnen und es bei der Drittelung zu belassen, schufen aber dann Vorschriften für die wichtigsten Abstimmungen im Vorstande, nach denen die Entrechtung der versicherten Arbeiter ebenso vollständig erreicht wurde. Wie das erreichte wurde, das geht aus der hier folgenden Darstellung der Rechte der Kassenverwaltungen hervor.

Die Geschäfte der Kasse werden von einem Vorstand und einem Ausschuß besorgt. Der Ausschuß besteht zu einem Drittel aus Vertretern der Arbeitgeber, zu zwei Dritteln aus Vertretern der Versicherten und zählt höchstens 90 Vertreter. Bei den Ortskrankenkassen wählen die beteiligten volljährigen Arbeitgeber und die volljährigen Versicherten ihre Vertreter je aus ihrer Mitte, und zwar getrennt unter Leitung des Vorstandes. Nebenbei sei hier bemerkt, daß das Stimmrecht der Unternehmer nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Versicherten bemessen ist, was vielfach eine Ausschaltung der kleinen Unternehmer zum Vorteil der großen bedeutet. Die Vorstandsmitglieder werden durch den Ausschuß gewählt. Die Mitglieder des Ausschusses dürfen nicht dem Vorstand angehören. Werden solche in den Vorstand gewählt, so scheiden sie aus dem Ausschuß.

Die Vorstandsmitglieder wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden. Gewählt ist, wer die Mehrheit der Stimmen aus der Gruppe sowohl der Arbeitgeber als auch der Versicherten im Vorstand erhält. Kommt eine solche Mehrheit beider getrennt wählenden Gruppen nicht zustande, so wird die Wahl auf einen anderen Tag anberaumt. Kommt auch in dieser zweiten Sitzung die Wahl nicht in der vorgeschriebenen Weise zustande, so bestellt das Versicherungsamt von Aufsichtswegen einen Vertreter, der bis zu einer gültigen Wahl die Rechte und Pflichten des Vorsitzenden auf Kosten der Kasse ausübt. Auf Beschwerde entscheidet das Oberversicherungsamt endgültig. Ein Arbeitgeber darf nur dann als Vertreter bestellt werden, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeitnehmer keinen Einspruch erhebt, ein Arbeitnehmer nur, wenn die Mehrheit der Gruppe der Arbeitgeber keinen Einspruch erhebt. Als Arbeitgeber gilt hierbei nicht, wer nur Dienstboten oder unständige Arbeiter beschäftigt. Die Vertreter der Unternehmer im Vorstand können also, obgleich sie nur ein Drittel der Mitglieder desselben bilden, unter allen Umständen verhindern, daß ein Arbeiter Vorsitzender der Kasse wird! Das wurde erreicht, ohne jede Mehrbelastung der Unternehmer.

Diese Beschlußfassungsmethode zur Vergewaltigung der aus Arbeitervertretern bestehenden Vorstandsmehrheit beschränkt sich aber leider nicht auf die Wahl des Vorsitzenden, sondern wiederholt sich bei einer Reihe anderer wichtiger Abstimmungen. So bei der Anstellung und Entlassung von Kassenbeamten und bei wichtigeren Statutenänderungen, besonders dann, wenn es sich um Mehrleistungen der Kasse handelt über das Maß der gesetzlichen Verpflichtung hinaus. Bei der Anstellung von Beamten kann, wenn auch in der zweiten Beschlußfassung ein übereinstimmender Beschluß beider Gruppen nicht erzielt wird, mit Zweidrittelmehrheit ein gültiger

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

Zuzug ist fernzuhalten von:

Tischlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern nach Adorf i. Vogtl. (Möbelfabrik Bleyer u. Dörfler), Annen in Westfalen (Reichwald), Berlin (Sargfabriken Rosinski in Lichtenberg und Rummelsburg), (Kreese, Niederschönhausen), Aue i. Erzgeb., Blaubeuren (Schmid), Bonn (Pianofabrik Kühling), Bremervörde, Cham in der Oberpfalz (Schoyerer), Danzig (Zilinski, Schichauwerft), Diepholz, Düsseldorf (Mühlengeschäft Plange am Rheinhafen), Elberfeld-Barmen (Webstuhlschreiner), Fiddichow (Haberland), Forst in der Lausitz, Friedeberg i. Neumark (Stutzbach), Gollnow in Pommern, Hamburg, Helzminden (Riemenscheibenfabrik Abbes), Kaiserslautern (Glaserwerkstätten Anthes, Burkei, Müller, Weil), Leubsdorf in Sachsen, Markranstädt, Neuenburg in Oldenburg (Dietr. Müller), Neustadt in Mecklenburg, Olbernhau (Holzwarenfabrik Rudolf Richter), Parchim, Pasewalk, Rabenau, Schlawe in Pommern (Max Heinig), Sebnitz, Wolfenbüttel, Worms, Zabern (Kuhn), Bozen in Tirol, Uhrsahr bei Linz a. Donau, Luzern in der Schweiz, Paris, Graz.

Kammachern nach Berlin (Bloch).

Modellischlern nach Altenburg (S.-A.), Apolda, Eisenach (Fahrzeugfabrik), Erfurt, Elberfeld, Gera R. j. L., Gotha, Leipzig, Gelsenkirchen (Schalker Gruben- und Hüttenverein), Zürich in der Schweiz (Schneller), Brüssel (Fr. Paulske).

Parkettlegern nach Berlin, Dresden (Heine), Hamburg-Altona, Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber O. Elbinger).

Policerern nach Uslar.

Vergoldern nach Berlin (Gold- und Politurleistenfabrik Tischerlei) in Mixdorf).

Korbmachern nach Berkhövede (Barre), Cranz (Reinecke), Losestedt (Meirath), Oker am Harz, Radnitz (Stralauer Glashütte), Schiffdorf (Müller), Sellstadt (Ehlers, Allermann).

Stockarbeitern nach Wald i. Rhld. (Karl Breithaupt), Zerbst.

Drechslern und Pollerern nach Reinfeld in Holstein.

Stuhlbauern, Drechslern, Pollerern und Maschinenarbeitern nach Aue i. Erzgeb., Rabenau, Groß- und Kleinölsa.

Stellmachern nach Berlin (Hellmuth und Voll u. Rohrbeck), Eisenach (Fahrzeugfabrik).

Koffermachern nach Berlin.

Sägern und Hilfsarbeitern nach Pirna (E. Hering).

Beschluß gefaßt werden. Zu einem solchen ist aber, wenn der Vorschlag von den Vertretern der versicherten Arbeiter ausgeht, neben der völligen Geschlossenheit der Arbeitervertreter noch die Zustimmung wenigstens eines Unternehmervertreters erforderlich. Und der so gefaßte Beschluß unterliegt noch der Bestätigung durch das Versicherungsamt. Die Bestätigung darf versagt werden auf Grund von Tatsachen, die darauf schließen lassen, daß dem Vorgeschlagenen die erforderliche Zuverlässigkeit insbesondere für eine unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstgeschäfte oder die Fähigkeit fehlt. Bei einem sozialdemokratisch angehauchten Vorgeschlagenen wird das Versicherungsamt (mit dem Landrat an der Spitze!) derartige Mängel mit einigem guten Willen leicht zu finden vermögen. Wird die Bestätigung versagt, so entscheidet auf Beschwerde des Vorstandes das Oberversicherungsamt endgültig. Für die Beamten ist eine Dienstordnung aufzustellen. Bei der Anstellung der Beamten sind die Rechte des Vorstandes auch noch in anderen Richtungen beschränkt. In die Dienstordnung sollen für die Beamten höchst lästige Bestimmungen aufgenommen werden, über die der einzelne Beamte leicht stolpern kann.

Weiter sind über das Verhältnis der Kassen zu den Aerzten und Apothekern Bestimmungen getroffen worden, die vielfach zum Nachteil der Kassen wirken und deren Bewegungsfreiheit stark beeinträchtigen.

In den Betriebskrankenkassen führt von Gesetzes wegen der Unternehmer oder dessen Vertreter den Vorsitz. Vorstand und Ausschuß bestehen aus dem Arbeitgeber und Vertretern der Versicherten. Der Ausschuß darf nicht über 50 Vertreter zählen. Der Arbeitgeber hat die Hälfte der Stimmen, die den Versicherten zustehen.

Für die Wahlen zu den Innungskassen gelten dieselben Vorschriften, wie für die Ortskassen, nur daß dort, wo durch die Satzung bestimmt ist, daß Arbeitgeber und Versicherte je die Hälfte der Beiträge zahlen (dies ist nur bei den Innungskassen zugelassen), auch beide Gruppen je zur Hälfte die Ausschuß- und Vorstandsmitglieder wählen.

Am größten ist die Rechtlosigkeit der Versicherten bei den Landkrankenkassen. Hier werden die Ausschuß- und Vorstandsmitglieder sowie der Vorsitzende von der Vertretung des Gemeindeverbandes „gewählt". Durch Landesgesetz kann zwar angeordnet werden, daß die Wahlen wie bei den Ortskassen stattfinden, aber wird etwa der preußische Dreiklassenlandtag den Landarbeitern irgendwelche Rechte einräumen? Wer das glaubt, kennt die schwarzblaue Mehrheit dieses Musterparlaments schlecht.

Eine Beschränkung der Rechte der Kassenorgane ist auch durchgesetzt worden auf dem Gebiete der Verwaltung der Mittel der Kassen. So steht zum Beispiel der Aufsichtsbehörde ein Einspruchsrecht zu bei der Verwendung von Mitteln zur Krankheitsverhütung!

Wohin man auch blickt, überall eine Verkürzung der Selbstverwaltungsrechte! Die Mehrheit des Reichstags, die trotz der entschiedensten Gegenwehr der Sozialdemokratie diesen Rechtsraub durchsetzte, bestand aus den Konservativen, den Nationalliberalen und dem Zentrum, und in dem letzteren hatten die ehrbaren christlichen Arbeitersekretäre auch bei diesem Verrat der Arbeiterinteressen wieder die Führung. Diese Tatsache gilt es festzuhalten und weiter zu verbreiten in der gesamten deutschen Arbeiterschaft, damit auch die Unaufgeklärten erkennen lernen, wo ihre Freunde und wo ihre Feinde stehen.

Heimarbeiterelend im Meininger Oberland.

Das Elend der Heimarbeiter in der Spielwarenindustrie ist sprichwörtlich. Es ist dabei gleichgültig, ob es sich um die entlegenen Dörfer des Erzgebirges handelt oder um die herrlichen Ortschaften des Thüringer Waldes. Es besteht höchstens der Unterschied, daß die Erzgebirgler aus den Grenzdörfern kaum ein anderes Leben kennen als das ihre, es sei denn, daß sie beim Abliefern in den Städten die Villen der schwerreichen Verleger von außen betrachten dürfen, während der Heimarbeiter des Thüringer Waldes an den zahlreichen Sommerfrischlern erkennen mag, daß das Leben auch Lust und Freude birgt.

Im Meininger Oberland, dem Zentrum der Thüringer Spielwarenindustrie, werden neben Glaswaren und Puppen auch Holzspielsachen vieler Art hergestellt. Im Kreise Sonneberg, der bei gut 60 000 Einwohnern allein etwa 20 000 in der Heimindustrie beschäftigte Personen zählt, entfallen nach der Berufszählung von 1907 allein 1941 Personen auf die Anfertigung von Holzspielwaren. Von diesen zählen 714 Personen als Betriebsinhaber, 835 als Familienangehörige und 802 als Arbeiter. Außerdem sind in der Drechslerei noch 273 Personen beschäftigt, von denen 100 als Selbständige und 96 als Arbeiter gelten, während der Rest auf Familienangehörige entfällt.

Da es sich bei diesem Berufe fast ausschließlich um Heimarbeiter handelt, bei denen das Los des „Betriebsinhabers" sich aber kaum wesentlich von dem des als „Arbeiter" gezählten Helfers unterscheidet, ergibt sich, daß in diesem engbegrenzten Gebiete allein über 2200 Personen an der Herstellung der Holzspielwaren beteiligt sind, denn auch die Drechsler gehören zu dieser Industrie. Einen Begriff von dem Umfang der Holzverarbeitung gibt auch die Tatsache, daß z. B. in einem Jahre nach einem Bericht des Reichsamt des Innern im Bezirk der Handels- und Gewerbekammer Sonneberg für 1 025 423 Mk. Holz als Rohmaterial verbraucht wurde.

Das Tagewerk des Heimarbeiters vollzieht sich in niederen, engen Räumen, die zugleich als Küche und Schlafzimmer dienen. In der dadurch entstehenden schlechten, dunstgeschwängerten Luft sind nun die Leute vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hinein tätig, um in Massen Spielwaren anzufertigen, die später unschuldige Kinderherzchen erfreuen sollen. Die eigenen Kinder aber haben keine Zeit zum Spielen, ihnen lacht nicht die Sonne der Jugend. Den Spielwaren-Expedienten, den Aufkäufern, werden die Waren dann zu einem Schundpreis ins Haus gebracht.

Ist so schon die regelmäßige Arbeitszeit überlang, durchschnittlich 15—16 Stunden, so wird sie schier endlos, wenn die Drangperioden kommen, in denen die Fabrikanten große Bestellungen schnell liefern wollen. Dann sind die Heimarbeiter mit ihren ganzen Familien fast die ganzen Nächte hindurch tätig, so daß der Schlaf vollständig zurücktritt.

Nun hat zwar das Kinderschutzgesetz vom 30. März 1903 auch für die Heimindustrie in Holzwaren jede gewerbliche Mitarbeit der eigenen Kinder bis zu 10 Jahren, fremder Kinder bis zum Alter von 12 Jahren ganz verboten, Fremde Kinder über 12 Jahre dürfen täglich nur 3 Stunden, in den Schulferien 4 Stunden beschäftigt werden. Diese fremden Kinder dürfen ebenso wie die eigenen über zehn Jahre alten Kinder aber in der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens, vor dem Vormittagsunterricht und in der ersten Stunde nach dem Nachmittagsunterricht überhaupt nicht zur Arbeit herangezogen werden. Außerdem ist für alle Kinder eine zweistündige Mittagspause innezuhalten.

Trotz dieser Schutzbestimmungen ist die Verwendung der Kinderarbeit in der Sonneberger Spielwarenindustrie sehr stark. Der Verdienst ist zu gering, um diese Hilfe entbehren zu mögen. In manchen kinderreichen Familien müssen die Kleinen oft die Nächte mit durcharbeiten. Dann setzt es wohl in der Schule Prügel für die unausbleibliche Unaufmerksamkeit infolge Uebermüdung, für schlecht oder gar nicht ausgeführte Hausaufgaben. Die Eltern werden verwarnt und da dies nicht hilft, schließlich polizeilich bestraft. Das Elend aber und die Not bestehen weiter. Trotz des Verbots werden die Kinder und mögen es noch Hosenmätze sein, zur Arbeit herangezogen, soweit sich ihre junge Kraft überhaupt nur verwenden läßt.

Wird dadurch die geistige und körperliche Entwickelung schon bei der Jugend unterbunden, so ist die Ernährung in den Heimarbeiterfamilien über alles mangelhaft. Kartoffeln bilden das A und O des Speisezettels, Fleisch erscheint nur ganz selten auf dem Mittagstisch. Ein Dr. Rausch, der im Auftrage der Sonneberger Handelskammer die Heimarbeiterverhältnisse erforschte, berichtet z. B. darüber, daß eine obendrein besonders günstig stehende Familie mit 4 Kindern im Jahre allein 20 Zentner Kartoffeln verkonsumierte. Die Folge der dauernden Unterernährung ist Blutarmut und Herzschwäche. Die Lungentuberkulose erfordert viele Opfer. Die meisten Heimarbeiter sterben schon in den vierziger Jahren.

Der Kindersegen ist ein sehr großer. Leider sind die wenigsten Eltern einsichtig genug, ihre Kinder anderen Berufen zuzuführen. Man braucht die Kinder selbst zur Arbeit, um den kargen Verdienst dadurch nur notdürftig auskömmlich zu gestalten.

Freude bietet das Heimarbeiterleben wenig. Wo aber einmal eine noch so bescheidene Festlichkeit eine Abwechslung bringen soll — eine Bratwurst und eine Karussellfahrt gehören schon zu den Extravaganzen —, da schreien die Fabrikanten in die Welt hinaus: Seht doch, es gibt kein Heimarbeiterelend! Dabei reisen diese Herren selbst nach den Alpen oder Italien „zur Erholung" und lassen es an einem Tage mehr kosten, als der Heimarbeiter im ganzen Monat verdient. Aus der Not der Heimarbeiter ziehen sie die Mittel zu ihrem Genuß. Sie hüten sich wohlweislich, mit dem System der Heimarbeit zu brechen, denn in Betriebswerkstätten würden sie die Arbeiter nicht so wie jetzt gegeneinander ausspielen und dadurch die Löhne drücken können.

Was den Heimarbeitern fehlt, das ist die Solidarität, das Füreinandereintreten. Schon der oben genannte Dr. Rausch sagt in seinem Buche „Die Sonneberger Spielwaren-Industrie" darüber:

„Es mangelt bei diesen Heimarbeitern fast überall an Zusammengehörigkeitsgefühl und an Einsicht in die natürlichen Ursachen ihres Leidens. Weniger die wirtschaftliche Abhängigkeit von ihren Verlegern oder von Zwischenmeistern, als die gegenseitige, bis zum häßlichsten Brotneid ausgebildete Konkurrenz ist einer der Hauptgründe für den heute vielfach herrschenden Notstand. Man unterbot einander, um den Mitbewerber zu verderben, und schädigte damit die Lage des ganzen Standes und in letzter Linie seinen eigenen Erwerb."

Wenn auch die Unternehmer ihrerseits alles tun, um das Unterbieten zu fördern und die Zersplitterung des Kleinbetriebes bis zum äußersten Schweißtropfen für sich auszunutzen, so trifft doch vieles an dieser Charakterisierung zu. Die durch den ererbten kleinen Grundbesitz etwas Bessergestellten unter den Heimarbeitern unterbieten den ganz Mittellosen, weil sie durch die selbstgebauten Feldfrüchte und etwas Kleinvieh bei dem geringen Barverdienst immer noch eher zu vegetieren vermögen als jener. Damit aber drücken sie dessen Lebenslage immer noch tiefer hinab.

Aus dieser Uneinigkeit schmieden die Fabrikanten ihr Gold. Entschlossenheit und gemeinsames Vorgehen ist den Heimarbeitern nur schwer beizubringen. Eine Arbeitsverweigerung aber, um die Preise zu erhöhen, würde gegenwärtig fast überall daran scheitern, daß den Leuten die Mittel fehlen, um es auch nur kurze Zeit ohne Lieferungen auszuhalten. Das ist eben nur möglich bei dem Vorhandensein einer Organisation, die den Rücken deckt. Aber bei den niedrigen Verdiensten bedeuten die notwendigen Verbandsbeiträge schon viel Geld. Und doch gibt es keinen anderen Weg aus diesem Elend, als den der Selbsthilfe.

Wohl ist gegenwärtig ein Heimarbeiterschutzgesetz in Vorbereitung. Bei der Zusammensetzung des Reichstages ist dessen Inhalt aber noch recht fraglich. Günstigstenfalls wird das kommende Gesetz einem gemeinsamen Vorgehen der Heimarbeiter die Wege ebnen. Zur Hebung der Lebenslage werden sich aber die Heimarbeiter derselben Mittel bedienen müssen, die den gewerblichen Arbeitern zum Aufstieg verholfen haben: der gewerkschaftlichen Organisationen.

Tausende von Menschen fertigen Spielwaren und haben selbst keine Zeit zu Spiel und Freude. Ihre Löhne haben seit Jahren keine Besserung erfahren. Dadurch, daß sie Holz und Zutaten selbst liefern müssen, trifft sie nicht nur die Verteuerung der Lebensmittel auf das Empfindlichste, nein, auch die ganze Preissteigerung der Rohmaterialien blieb auf den Arbeitern sitzen.

Freudlos zieht das Leben an den Heimarbeitern vorüber. Und doch, wenige Pfennige mehr, ist nur der Bruchteile solcher auf das einzelne Spielzeug, genügten, um die Lebenshaltung dieser unserer ärmsten Arbeitsbrüder zu heben. Unbestritten würde die Industrie diesen Preisaufschlag auf die Arbeitslöhne tragen können. Um ihn aber durchzusetzen, dazu gehört ein starker, gemeinsamer Wille der Heimarbeiter und eine kräftige Organisation, die ihnen den Rücken stützt. Hoffnungsvolle Anfänge dazu sind im Thüringer Wald vorhanden. Möchten die Gewerkschaften hier auch weiter Fuß fassen.

Soziales.

Weltmachtspolitik.

Schon seit Wochen beherrscht der Streit um Marokko die öffentliche Meinung. Marokko ist ein an der Nordwestküste Afrikas gelegenes Sultanat, das auf einer Fläche, die um die Hälfte größer ist als Deutschland, nur etwa 8 Millionen Menschen, meist Berber, Araber und Mauren, beherbergt. Besonders im Innern des Landes führen die Volksstämme ein ziemlich unabhängiges Dasein. Den größeren Teil des Gebietes nimmt das Atlasgebirge ein, das mächtige Eisenerzlager bergen soll, während ein kleinerer an die Sahara grenzender Teil Wüste ist. Wirtschaftlich bedeutend sind vor allem die Küstenländereien und die Hafenplätze.

In diesem formell unabhängigen Staatswesen hat sich Frankreich seit langem einen vorherrschenden Einfluß gesichert, an dem Spanien durch Geheimverträge einen geringeren Anteil hat. Marokko ist stark an Frankreich verschuldet. Frankreich übt bis zum Schluß dieses Jahres auf Grund eines völkerrechtlichen Abkommens die Polizeigewalt aus, seinen Banken sind als Zinsgarantie die Zolleinnahmen verpfändet. Die dadurch bedingte bevorzugte handelspolitische Stellung Frankreichs in Marokko hat den Neid der gerissenen Geschäftsleute schon lange hervorgerufen.

Als nun in diesem Jahre Frankreich und Spanien darangingen, ihren Einfluß in Marokko zu verstärken, wurde am 2. Juli die Oeffentlichkeit plötzlich mit der Nachricht

überrascht, daß die deutsche Regierung ein Kriegsschiff in den südmarokkanischen Hafen Agadir stationiert habe. Die Regierung ließ damals erklären, daß sie damit nur Leben und Eigentum deutscher Staatsangehöriger schützen wolle, die sich durch eine gewisse Gährung unter den Eingeborenen beunruhigt fühlten. Dabei gab es nach dem Bericht der nationalliberalen „Kölnischen Zeitung" vom 23. Juli im fraglichen Gebiet nur ganze 5 Deutsche. Aber ein anderes war wichtiger: die geschäftlichen Interessen einiger deutschen Firmen, allen voran die bekannten Gebrüder Mannesmann, die auf eine Ausbeutung der Erzlager reflektieren.

Der Schutz von Leben und Eigentum trat dann auch tatsächlich sehr bald in den Hintergrund und unsere deutschen Kolonialschwärmer, die durch jenen „energischen Schritt" der Regierung ins Entzücken geraten waren, sprachen immer offener von der erwünschten Annexion Süd-Marokkos, um den deutschen Industriebaronen neue Erwerbsquellen zu sichern.

Heute lautets im offiziösen Blätterwald schon wieder anders. Man spricht von Kompensationen. Frankreich solle Deutschland im Kongo-Gebiete abtreten. Seit Wochen verhandeln die deutsche und französische Regierung miteinander über die marokkanischen Differenzen. Das Volk aber erfährt bei uns offiziell nichts über die Dinge, die über Nacht einen Krieg heraufbeschwören können. Wenige Personen entscheiden über sein Schicksal.

Die deutschen Chauvinisten aber haben die Gelegenheit benutzt zu einer dreisten Kriegshetze. Es ist so mancher unter ihnen, der bei einem frisch-fröhlichen Weltkrieg sein Schäfchen ins Trockene zu bringen hofft. Was schert es diese Leute, wenn einmal Tausende zu Krüppeln geschossen, wenn Frauen ihrer Männer, Kinder ihrer Väter beraubt werden? Die freikonservative „Post" hat sich sogar in ihrer Kriegshetze zu Worten gegen Wilhelm II., der ihr zu vorsichtig vorging, verstiegen, die jedem Redakteur eines Arbeiterblattes unweigerlich ins Gefängnis bringen würden. Selbst die gouvernementale „Nordd. Allg. Ztg." bezeichnet jenen Tonfall der „Post" als „Nichtswürdigkeiten unter dem Schein patriotischer Besorgnis". Aber so sind die Herren Mitregierer im Staat: die Großgrundbesitzer und Schlotjunker: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen tut."

Als jetzt über Paris die Vermutung kommt, daß in Marokko „zwei Deutsche" (Handelsagenten, von denen obendrein einer Oesterreicher sein soll) gefangen genommen sind, ruft die „Post" von neuem nach den Marinesoldaten, um die deutsche Ehre herzustellen. Als aber im Vorjahre ein galizisches Dienstmädchen im Kreise Oldenburg i. Holst. zu Unrecht ein halbes Jahr in Haft behalten wurde, da fand diese Scharfmachersippe keine Worte der Entrüstung.

Heute läßt sich noch nicht sagen, ob dieser Marokkokonflikt zum Krieg oder Frieden führen wird. Den bürgerlichen Parteien mag wohl die augenblickliche Ablenkung der öffentlichen Diskussion von ihren Blocksünden, von Zündholzsteuer, Lebensmittelverteuerung und Arbeiterentrechtung willkommen sein. Sie fürchten ohnedies für ihre Wahl und suchen nach einer Parole, die den deutschen Michel fasziniert wie anno 1907 bei den Hottentottenwahlen. Die Arbeiterschaft aber hat alle Ursache ihre Stimmen laut für die Erhaltung des Weltfriedens zu erheben. Sie ist es, die bei einem Kriege bluten muß, damit andere Orden, Rang und Profit einsacken.

Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß jetzt selbst der christliche „Holzarbeiter", in getreuer Vertretung der Zentrumspolitik, Agadir feiert „in seiner Bedeutung für eine kraftvolle deutsche Wirtschaftspolitik". Dasselbe Blatt, dessen politischen Freunde noch 1903 die Schutzzollpolitik vertraten, die angeblich Deutschland unabhängig machen sollte von der ausländischen Versorgung, hat auf einmal entdeckt, daß wir auf den Weltmarkt angewiesen sind und bleiben. Das letztere hat auch die freie Arbeiterbewegung immer behauptet. Aber gerade deswegen wünschen wir ein friedliches Nebeneinanderleben der Völker, friedlichen Wettbewerb durch höchste Entwicklung der Kräfte, Kulturentwicklung, Stärkung und Schutz aller Volksglieder. Dem dient aber weder der Krieg noch die kostspieligen Kolonialabenteuer. Wir können uns deshalb — freilich mit anderem Schlußeffekt — den Worten des christlichen Organs anschließen: „Verantwortlich für das Einschlagen der richtigen Wege sind nicht nur Regierung und gesetzgebende Körperschaften, sondern auch das Volk selbst, da seine Haltung in konkreten Fragen die Position des Deutschen Reiches im Widerstreit der Interessen der modernen Kulturstaaten stärken oder schwächen kann."

Das Volk aber in seiner ungeheuren Mehrheit will den Frieden!

Gebe man ihm Gelegenheit, seinen Willen unverfälscht zum Ausdruck zu bringen, gebe man ihm ein wirklich gleiches Wahlrecht und volles Mitbestimmungsrecht im Staate, dann werden auch die Zentrumsleute einsehen müssen, daß ohne den Krieg die Volkswirtschaft blüht.

Unterm Ausnahmerecht steht die Arbeiterbewegung in Halle a. S. Ohne Rücksicht auf das angeblich liberale Vereinsgesetz hat die dortige Polizei schon seit langem Mitgliederversammlungen großer Gewerkschaften zu überwachen versucht, indem sie diese für politisch erklärt. Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Wahlvereins wurden einfach als öffentliche deklariert. Es kam so weit, daß die sozialdemokratische Partei, um dieser ungesetzlichen Ueberwachung zu entgehen, wie zur Zeit des Sozialistengesetzes, eine geheime Versammlung unter freiem Himmel abhielt. Jetzt hat die Behörde zu einem neuen Schlage gegen die Arbeiterschaft ausgeholt. Für den „Volkspark", das Verkehrslokal der Arbeiter, wurde die Polizeistunde auf 10 Uhr abends herabgesetzt. Vereine und geschlossene Gesellschaften werden natürlich davon nicht berührt.

Am gleichen Tage, den 14. August, wurde gegen das Hallesche „Volksblatt" ein ganz ungeheuerliches Urteil gefällt. Gelegentlich der Aussperrungen in Eilenburg hat das Blatt mehrmals das Verhalten des Arbeitgeberverbandes und des „nationalen" Geschäftsführers Franke gegeißelt. Beide fühlten sich beleidigt. Vor Gericht mußte der Letztere zugeben, daß der nationale Arbeiterverein mit Reichsverbands- und Arbeitgebergeldern unterstützt wurde. Trotzdem der Wahrheitsbeweis in der Hauptsache erbracht war, verurteilte das Schöffengericht den verantwortlichen Redakteur wegen formaler Beleidigung zu der ungeheuer hohen Strafe von 1400 Mark! — Am 15. Juni verurteilte das Schöffengericht Zittau einen mehrfach vorbestraften Militärvereinler, der an Königs Geburtstag einen Zimmermann niederschlug, daß dieser besinnungslos niederfiel, zu 50 Mk. Geldstrafe! — Und hier 1400 Mk. für eine formale Beleidigung!

Die Arbeiterschaft Halles wird diese Schläge zu parieren wissen, indem sie sich um so fester um ihre Organisationen, ihr Verkehrslokal und ihr Arbeiterblatt schart.

Was Streikbrecher kosten. Gelegentlich des Streiks und der nachfolgenden Aussperrung der städtischen Arbeiter in Kiel im Jahre 1909 hat der dortige Magistrat die Kleinigkeit von 80 000 Mk. über den Etat ausgegeben. Die bürgerliche Rathausmehrheit ermöglichte es damals, daß über die Verschleuderung öffentlicher Gelder eine spezialisierte Abrechnung nicht gegeben werden brauchte. Gelegentlich der Beratung einer Besoldungsvorlage war es nun jetzt unserem Kollegen Brecour, der ein Kieler Stadtverordnetenmandat ausübt, möglich, einige Einzelheiten jener famosen „Streikabrechnung" zu enthüllen. Danach wurden auf Kosten der Stadt für die Arbeitswilligen u. a. auch 70 000 Stück Zigaretten und 28 000 Flaschen Bier beschafft. Die Bierlieferanten erhielten dabei trotz dieser Massenlieferung pro Flasche 10 Pf.! Das läßt allerdings die Begeisterung mancher Geschäftsleute für die Aussperrungspolitik des Magistrats begreiflich erscheinen. Die Arbeitswilligenvermittelung kostete der Stadt 12 598 Mark! Zigaretten, Zigarren, Ansichtskarten (!), Kautabak usw. lieferte allein eine Firma für 3320 Mark; eine andere verdiente an gelieferten Fleisch- und Wurstwaren rund 13 580 Mark; eine dritte steckte für gelieferte Kolonialwaren, Heringe, Wurst, Brot usw. 29 242 Mark ein. Die Kieler Wach- und Schließgesellschaft profitierte über 6000 Mark; sie ließ sich für jede Wächterschicht 6 Mark zahlen. Die Wächter bekommen vielleicht 3 Mark, wenn es gut geht! Zu all diesen Ausgaben kommen aber noch solche für Reinigung der Betten, sie waren durch die Arbeitswilligen völlig verlaust; sowie für Entschädigung an die Marineverwaltung für abhanden gekommene Geräte und Abnutzung von Decken. Dieser Abrechnung weist auch die Herkunft jener Mordwaffen nach, die damals den Streikbrechern vom Publikum abgenommen wurden, und die im Oktober 1909 „Die Gewerkschaft", das Organ des Gemeindearbeiterverbandes, ihren Lesern als „Kulturdokumente" im Bilde vorführte. Revolver, Patronen und Gummiknüppel wurden auf Stadtkosten beschafft. — Die nützlichen Elemente lassen sich den Verrat an ihren Arbeitsbrüdern recht teuer bezahlen, das muß man ihnen lassen. 80 000 Mark Mehrkosten neben den etatsmäßigen Löhnen bei einem Ausstand von 548 Personen, das ist eine recht ansehnliche Summe, mit der man hätte recht viele berechtigte Wünsche der ehrlichen Arbeiter befriedigen können. Bei diesen hohen Streikbrecherkosten neben verdorbener Arbeit und vergraulter Kundschaft kann man es begreifen, wenn industrielle Unternehmungen nach so einem bißchen „Herrn-im-Hause"-Spielen — die Dividende herabsetzen müssen.

Eine Terrorismusversicherung will der Deutsche Kriegerbund für die ihm angehörigen Arbeiter einführen. Aus dieser Kasse soll an Mitglieder, die bei Streiks und Aussperrungen ihre Arbeit verlieren und die keiner Organisation angehören, Unterstützung gezahlt werden. Der Abgeordnetentag, der am 23. Juli in Detmold tagte, hat den Bundesvorstand mit der Vornahme der Vorarbeiten betraut. Man sprach vom Terrorismus der Sozialdemokratie, es handelt sich natürlich um solchen der Unternehmer, denn seither konnten doch Arbeiter noch keine Aussperrungen verhängen. Große Bedeutung wird diese geplante Versicherung freilich nicht erhalten.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Im Nachstehenden bringen wir die in Nr. 31 der „Holzarbeiter-Zeitung" erfolgte Ausschreibung des freigewordenen Postens eines Sekretärs im Verbandsvorstand mit dem Bemerken in Erinnerung, daß der Termin für die Einreichung der Bewerbungen am 28. August abläuft.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 34. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

167661 Albert Huwe, Tischler, geb. 10. 8. 60 zu Dramburg.
225473 Gustav Russak, Polierer, geb. 9. 8. 77 zu Neustadt.
225479 Robert Werner, Polierer, geb. 23. 4. 66 zu Fröschen.
225616 Otto Bratke, Polierer, geb. 8. 8. 62 zu Berlin.
225880 Hermann Engel, Polierer, geb. 15. 2. 75 zu Woltersdorf.
230030 Ernst Gentz, Polierer, geb. 17. 9. 68 zu Berlin.
324032 Ernst Zöllner, Polierer, geb. 10. 10. 87 zu Berlin.
350246 Herm. Wille, Tischler, geb. 1. 3. 87 zu Vogelbeck.
388910 Gustav Thätner, Polierer, geb. 21. 4. 81 zu Pyritz.
394736 Georg Berthold, Polierer, geb. 4. 2. 75 zu Berlin.
458739 Alfred Triebe, Stellmacher, geb. 2. 6. 86 zu Großschirma.
462600 Emil Schulz, Tischler, geb. 28. 7. 88 zu Danzig.
469171 W. H. Schlüter, Mohrarbeiter, geb. 21. 4. 73 zu Varel.
489534 Erich Bratke, Polierer, geb. 19. 4. 01 zu Berlin.
493165 Friedrich Ulrich, Tischler, geb. 13. 4. 87 zu Berlin.
501072 Otto Gohlke, Tischler, geb. 28. 11. 85 zu Neu-Garbe.
504331 Herbert Simon, Polierer, geb. 7. 12. 91 zu Berlin.
523155 Karl Mann, Tischler, geb. 15. 7. 93 zu Reynsdorf.
527710 Max Kraeser, Holzarbeiter, geb. 10. 5. 85 zu Berlin.
532820 Karl Salat, Kistenmacher, geb. 30. 5. 93 zu Stuttgart.
540558 Otto Engler, Polierer, geb. 4. 2. 92 zu Danzig.
542867 Paul Kerzinowski, Polierer, geb. 17. 10. 93 zu Berlin.
543784 Bruno Schwarzer, Polierer, geb. 27. 12. 85 zu Berlin.
560026 Paul Neubert, Tischler, geb. 10. 10. 92 zu Blumenau.
570884 Peter Smidstrup, Tischler, geb. 10. 12. 89 zu Brigsted.

Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Der Verbandsvorstand.

Agitation unter den Modelltischlern.

Meine Reise führte mich durch das Reich der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie, wo im ewig rauchigen Kohlenrevier selbst die freien Sonntage dem Arbeiter wenig Erholung bieten.

In Düsseldorf, wo vielfach erst um 7 Uhr Arbeitsschluß ist, hatten sich wohl infolgedessen nur 80 Kollegen in der Versammlung eingefunden. Die Anwesenheit einiger christlich organisierter Kollegen führte zu einer Diskussion, die uns zu einigen Neuaufnahmen verhalf. In Köln ließen sich weder Christen noch Unorganisierte sehen, von uns waren 50 Kollegen anwesend. Etwas mehr Eifer im Versammlungsbesuch hätte ich erwartet, da man gegenwärtig in einer Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit steht. Geklagt wurde über die Lehrlingszüchterei bei der Firma Schwarzer, die bei 7 Gesellen 14 Lehrlinge hält. Auch in Elberfeld-Barmen sollten sich die Kollegen ihre Organisation mehr angelegen sein lassen. In Essen, wo nur die Kollegen von der Firma Krupp in Frage kommen, war der Besuch der Versammlung ein guter zu nennen. Es sind 100 Kollegen im Werk beschäftigt. Anwesend waren sämtliche 50 organisierten Kollegen. Hier hat die Organisation erst Einzug gehalten. Die Christen griffen auch hier mit dem Erfolg in die Diskussion ein, daß wir 5 Kollegen neu für unsere Organisation gewannen. Die Arbeitszeit beträgt hier immer noch 60 Stunden; doch ist diese so eingeteilt, daß sie 5 Uhr nachmittags endet, während die 320 Bauschreiner des Werkes bis 6 Uhr arbeiten. Es zeigt sich also hier, daß sich sehr wohl für die Modellschreiner eine von der allgemeinen abweichende, also dann auch eine kürzere Arbeitszeit einführen läßt, was sonst die Fabrikdirektoren stets bestreiten. Eine Werkstattversammlung der Firma de Fries in Ober-Kassel kam nicht zustande, da es die alten Zöpfe vorzogen, nicht zu erscheinen. In Duisburg stehen die Kollegen stramm zur Organisation und waren sämtlich anwesend. Hier wurde eine Sektion gegründet. Die organisierten Kollegen der Märkischen Maschinenfabrik in Wetter bei Hagen hatten auch eine Versammlung angesetzt, in der trotz der starken Vertretung der Hirsche 19 Kollegen erschienen. Infolge Betriebsvergrößerung werden jetzt Arbeiter gesucht, und bitten die Kollegen um Zuzug von Verbandsmitgliedern. Der Ort liegt in der schönsten Gegend des Ruhrgebietes. In Bochum waren bei 14 Organisierten 31 Versammlungsteilnehmer zu verzeichnen. Eine alte und gute Organisation besteht in Gelsenkirchen, wo 34 Kollegen erschienen. Das Ueberstundenwesen gab Anlaß zur Klage. Aufschläge dafür kennt man hier wie in den anderen Orten nicht. Aehnliches gilt für Dortmund, wo die Hirsche Meister im Ueberstundenmachen sind. 27 Kollegen hatten sich zur Versammlung eingefunden.

Hoffen wir, daß diese Agitationstour in eine Gegend, wo Gegner und Indifferente so stark vertreten sind, nun auch einen nachhaltigen Erfolg bringen wird.

Josef Brandl, München.

Korrespondenzen.

Auerbach. Die Vogtländische Kunstmöbel-Industrie A.-G. Ernst Seidel sucht öfters durch die Zeitungen Tischler und Maschinenarbeiter. Um den arbeitsuchenden Kollegen Enttäuschungen zu ersparen, sind wir gezwungen, einige Vorkommnisse in dieser Fabrik zu kennzeichnen. Was uns hauptsächlich veranlaßt, in die Oeffentlichkeit zu flüchten, ist der Umstand, daß, wenn einmal Differenzen entstehen, in den meisten Fällen mit den Fabrikleitern gar nicht zu reden ist. Unsere Kollegen sind daran, einen Akkordtarif auszuarbeiten, da der von der Firma gebotene sehr niedrige Preise aufweist. Bevor Kollegen bei der Firma Arbeit nehmen, wollen sie sich erst mit dem Vertrauensmann in Verbindung setzen, da es möglicherweise zu ernsten Differenzen kommen wird wegen der Reduzierung des Tarifes.

Gelsenkirchen. In der Modellschreinerei des Schalker Gruben- und Hüttenvereins sorgt der sehr nervöse Meister Wellersbach immer für neue Differenzen. 11 Kollegen hat er schon hinausgeekelt, dabei solche mit 10- und 18jähriger Tätigkeit im Werke. Auf unsere Beschwerde hin, wurde eine Kommission vom Werksdirektor empfangen. Statt daß nun eine Besserung der Verhältnisse eintrat, mußte ein christlich organisierter Kollege, der dem Direktor wahrheitsgemäß die ungenügenden Fachkenntnisse des Meisters geschildert hatte, nachträglich das Feld räumen, um den Aesteleien des letzteren aus dem Wege zu gehen. Beim Abgang fehlten dem Kollegen 8,50 Mk. am Lohn, die der Meister dann erst auf Beschwerde hin auf dem Bureau hinterlegte. Unserem Sektionsleiter wollte er erst während einer kurzen militärischen Uebung den Arbeitsplatz nicht reservieren; später, als dieser selbst gehen wollte, suchte er ihn trotzdem zum Bleiben zu veranlassen. Strafen verhängt der Herr, der auf seinen Vizefeldwebel der Reserve stolz ist, gern. Einem Kollegen, den er 2 Mk. Strafe aufhängte, mußte diese vom Obermeister wieder erlassen werden. An den Lehrlingen spart Herr W., indem er einigen den Lohn von 1,50 auf 1,10 Mk. herabsetzte. Die Arbeiter läßt er bei der Materialausgabe gern unnötig warten. Für die Werkzeugschränke der Kollegen hat er sich je einen zweiten Schlüssel machen lassen, um in deren Abwesenheit revidieren zu können. Bei diesem Zustande müssen die Kollegen natürlich die Verantwortung für den Inhalt der Spinde ablehnen. Hoffentlich läßt sich d

Direktion wieder einmal zu einer Aussprache über diese Beschwerde herbei und ändert dann der Meister sein Verhalten auch tatsächlich. Bis dahin aber empfehlen wir den Reisenden, diesen Betrieb zu meiden, denn sie würden ihn bei den jetzigen Zuständen doch schon nach wenigen Tagen wieder verlassen.

Görlitz. Von hiesiger Waggonfabrik werden jetzt wieder, nachdem während der letzten fast 2 Jahre anhaltenden Krise Entlassungen in größerem Umfange stattgefunden, in einer Reihe von auswärtigen Zeitungen: „Tüchtige, gesunde Stellmacher, Tischler und Polierer, nicht über 40 Jahre alt!" gesucht. Infolge der niedrigen Einstellungslöhne (28 Pf.) findet ein steter Wechsel der von auswärts kommenden Kollegen statt. Bei einem Stundenlohn von 28 Pf. und 14tägiger Lohnzahlung ist es diesen Kollegen nicht möglich, sich längere Zeit über Wasser zu halten, wenn sie nichts zum Zusetzen haben. Bei Akkordarbeit wird wohl über den Lohn verdient, es dauert aber mindestens ¼ Jahr, ehe ein neuer Kollege an sämtlichen Akkorden beteiligt ist. Unvorteilhafte Einteilung der Arbeit sowie mangelhafte Besorgung der notwendigen Materialien bedingen, daß die Kollegen in der ersten Hälfte des Monats oft nicht genügende Beschäftigung haben, in der zweiten Hälfte aber in einer, die Gesundheit gefährdenden Weise Ueberstunden machen müssen. Die intensive Arbeitsweise und lange Arbeitszeit trägt auch mit Schuld, daß die Waggonfabrik einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz Kranker für die Genesungsheime stellt. Dazu tut sich in der Antreiberei ein früherer Verbandskollege, der seit Jahresfrist zum Meister avancierte A. Heidrich, hervor. Derselbe scheint mit allen Mitteln dem Obermeisterposten zuzustreben. Anders kann man sonst sein Gebaren nicht verstehen, mit dem er beweisen will, daß er der Macher vom Ganzen ist. Im Mai erfolgte eine Lohnzulage von 3 Pf. Das veranlaßte nun Heidrich, noch extra scharf anzutreiben, wie er auch einzelne Arbeiter nach der Uhr kontrolliert. Bemerkt sei hier, daß die jetzigen „hohen" Stundenlöhne zwischen 28 Pf. und 36 Pf. schwanken. Die Partieführer erhalten 2 bis 3 Pf. mehr. Aus Vorstehendem können die Kollegen wohl die Bitte verstehen, sich vor Annahme von Arbeit in obigem Betriebe im Verbandsbureau, Luisenstraße 8, zu erkundigen.

Hermsdorf (S.-A.). Trotz unserer starken Mitgliederzahl sind die Versammlungen schlecht besucht. Wollen wir aber unsere elende Lage verbessern, so müssen alle Kollegen mitraten und agitatorisch tätig sein. Wir müssen rüsten! Nur vor einer geschlossenen Organisation haben die Unternehmer Respekt. Das Denunziantentum steht in voller Blüte. Selbst organisierte Kollegen bieten sich an, nach Feierabend noch zu arbeiten. Manchesmal spukt es auch in den Köpfen einzelner Kollegen herum, die da meinen, bei einer vierteljährigen Zugehörigkeit zur Organisation schon die gebratenen Tauben in der Luft herumfliegen zu sehen. In unserer nächsten Versammlung am 9. September muß ein jeder Kollege anwesend sein. Wir fordern alle Kollegen auf, zu agitieren und zu rüsten, damit wir aus der kommenden ersten Feuertaufe siegreich hervorgehen. Darum auf zur Herbstagitation.

Seifhennersdorf. Die eigenartigen Arbeitsverhältnisse hier am Orte zwingen uns, die durchreisenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, in ihrem eigensten Interesse zu ersuchen, sich vor Arbeitsannahme auf dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle zu melden. Schriftliche Anfragen an hiesige Firmen, ohne vorherige Erkundigung nach den Lohn- und Arbeitsverhältnissen bei der Zahlstelle, sind zu unterlassen, ebenso das Umschauen. Der Bevollmächtigte erteilt von 12—1 Uhr und 7—8 Uhr Auskunft und vermittelt Arbeit.

Unsere Lohnbewegung.

Auf Grund der abgeschlossenen Tarifverträge treten im Monat September 1911 nachfolgende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen ein:

Finsterwalde (Firma Richter und Scherler): Für alle Beschäftigten wird der Stundenlohn am 1. September um 1 Pf. erhöht.

Johanngeorgenstadt: Der Mindeststundenlohn steigt am 1. September von 33 Pf. auf 34 Pf., für Gehilfen unter 20 Jahren von 28 Pf. auf 29 Pf. Auf die bisher bezahlten Stundenlöhne erfolgt ein Aufschlag von 1 Pf.

Leipzig (Bilderrahmenbranche): Am 1. September wird der Mindestlohn von 57 Pf. auf 58 Pf. pro Stunde aufgebessert. Die zurzeit gezahlten Stundenlöhne werden um 1 Pf. aufgebessert.

Reichenbach i. V.: Die wöchentliche Arbeitszeit wird am 1. September um 1 Stunde gekürzt und beträgt alsdann 58 Stunden. Am gleichen Datum wird der Mindeststundenlohn von 38 Pf. auf 39 Pf. erhöht, für Gehilfen unter 20 Jahren von 33 Pf. auf 34 Pf.

Reichenhall (Schreinergewerbe): Der Mindestlohn für Schreiner und Maschinenarbeiter steigt am 1. September von 41 Pf. auf 42 Pf. pro Stunde. Die bisher bezahlten Stundenlöhne werden um 1 Pf. aufgebessert.

Reichenhall (Firma Th. Hald-Obersurheim): Ab 1. September beträgt der Mindeststundenlohn 41 Pf., während die seitherigen Stundenlöhne eine Zulage von 1 Pf. erfahren.

Schönberg i. M. (Firma Bockwoldt): Der Stundenlohn der Tischler beträgt ab 1. September 45 Pf., für Maschinenarbeiter 38 Pf.

Schwerin a. W. (Firmen Tischlereigenossenschaft und Viereck): Die bestehenden Stundenlöhne werden am 1. September um 2 Pf. aufgebessert.

Zeitz (Instrumentenindustrie): Auf alle zurzeit bestehenden Stundenlöhne erfolgt am 1. September ein Aufschlag von 1 Pf.

Zeitz (Instrumentenbestandteile-Industrie): Ab 1. September werden die bisherigen Löhne um 1 Pf. pro Stunde aufgebessert.

In Barmen wurde nunmehr mit einer der größten Firmen in der Bandstuhlbranche Frieden geschlossen und die Arbeit in diesem Betriebe wieder aufgenommen. Mit dem betreffenden Fabrikanten wurden Vereinbarungen auf unbestimmte Zeit festgelegt. Erreicht wurde eine sofortige Arbeitszeitverkürzung von 2½ Stunden pro Woche mit Lohnausgleich und außerdem eine Lohnsteigerung von 2 Pf. die Stunde im September dieses Jahres. Ferner wurden Aufschläge für Ueberzeitarbeit von 10 resp. 30 Pf. für Nacht- und Sonntagsarbeit vereinbart, desgleichen eine Montageentschädigung von mindestens 3 Mk. pro Tag. Die ominösen Bestimmungen in der Arbeitsordnung werden außer Kraft gesetzt.

In Czersk (Westpr.) sind mit einer Firma Differenzen ausgebrochen, weshalb um Fernhaltung des Zuzuges gebeten wird.

In Freudenstadt hat unsere Mitgliederzahl in letzter Zeit einen erfreulichen Aufschwung genommen. Endlich gelang es, die ansässigen Kollegen für den Verband zu interessieren. Die Lebensweise in unserem aufstrebenden Kurort zwang schließlich die Gleichgültigsten, sich mehr um Wahrung ihrer Interessen zu bekümmern, wozu die zurzeit günstige Baukonjunktur ausgenützt werden konnte. Als Uebelstand für das Schreinergewerbe bestand am Platze noch in vielen Werkstätten das Kost- und Logiswesen beim Meister, sogar in der Möbelfabrik Ketz als dem größten Betrieb. Durch einmütiges Vorgehen wurde nun mit der dortigen Schreinerinnung eine Vereinbarung erzielt, wonach mit jedem Arbeiter ein Stundenlohn vereinbart werden muß. Mindestlohn für Arbeiter über 21 Jahre: 36 Pf. Das Kost- und Logiswesen beim Meister ist abgeschafft. Auf die bisherigen Stundenlöhne erfolgte ein Aufschlag von 1—3 Pf., wobei bereits gewährte Lohnerhöhungen berücksichtigt wurden. Für Ueberstunden wurde 20 Proz., für Arbeiten im Bau 3 Pf. pro Stunde Zuschlag vereinbart. Die Arbeitszeit wurde einheitlich auf 10 Stunden festgesetzt und in den größeren Betrieben die 1¼stündige Mittagspause eingeführt. Mit Rücksicht auf die bisherige Nachlässigkeit der Kollegenschaft bedeuten obige Vereinbarungen einen ziemlichen Fortschritt in den hiesigen Arbeitsverhältnissen. Es liegt nun an den Kollegen selbst, auf dieser Grundlage weiter zu streben, indem sie der Organisation Treue bewahren und die Zahlstelle höher zu bringen suchen, damit das nächstemal mehr erreicht werden kann.

In Hamburg macht der Arbeitgeberschutzverband noch keine Miene, in vernünftigere Bahnen einzulenken. Vorläufig versucht er noch weitere Arbeitswillige heranzuschaffen und andererseits den bewilligten Betrieben Material- und Kredit zu entziehen. Groß ist sein Erfolg dabei noch nicht gewesen. Im Gegenteil haben sich noch mehrere seitherige Schutzverbandsmitglieder unserem neuen Tarifvertrag angeschlossen. Der projektierte paritätische Arbeitsnachweis mit dem neuen Arbeitgeberverband wird in kurzer Zeit eröffnet werden.

In Hartha haben mit der Wagenfabrik Plenikowsky Verhandlungen im Beisein der Verbandsvertreter stattgefunden, welche bis auf den noch zu vereinbarenden Akkordtarif zu einer Einigung führten. Erreicht wurde eine Stunde Verkürzung der Arbeitszeit, 3 Pf. Lohnerhöhung und bei der einzuführenden Teilarbeit 10 Proz. Garantie über den letzten Durchschnittsverdienst von dreizehn Wochen. Der Gang der Verhandlungen konnte leichter und der Erfolg ein größerer sein, wenn die Berufskollegen in den anderen Betrieben am Ort sich an der Bewegung beteiligt hätten.

In Iserlohn wurde mit der Innung für das Schreinergewerbe ein vierjähriger Vertrag abgeschlossen. Derselbe bedarf jedoch erst noch der Zustimmung einer stattzufindenden Innungsversammlung. Bisher bestand ein solcher Vertrag am Orte noch nicht.

In M.-Gladbach zeitigten mehrere Verhandlungen mit der Innung für das Schreinergewerbe einen bis 1. April 1914 laufenden Vertrag. Die Entscheidung einer Innungsversammlung über die Anerkennung der getroffenen Vereinbarungen muß erst noch abgewartet werden.

In Neuenburg in Oldenburg hatten wir uns vor kurzem mit den Meistern, mit Ausnahme des Herrn Diedr. Müller, geeinigt und die Arbeit wieder aufgenommen. Der Umstand, daß fast gar kein Zuzug kam und auch die Kollegen, welche bei Ausbruch des Streiks abgereist sind und größtenteils lohnendere Beschäftigung gefunden haben, nicht zurückkamen, brachte die Herren auf den Gedanken, daß die geheime Sperre über ihre Betriebe weiterbestehe. Nachdem daraufhin die Meister unsere Kollegen am 7. August wieder entließen, haben wir den Herren in einer gemeinschaftlichen Sitzung klargemacht, daß es uns vollständig fernliegt, den Zuzug zu unterbinden. Zum Beweise dessen sei auch hier darauf hingewiesen, daß für sämtliche Betriebe in Neuenburg, Bockhorn und Zetel, mit Ausnahme der Firma Diedr. Müller in Neuenburg, der Zuzug freigegeben ist. Daraufhin ist die Aussperrung aufgehoben worden. Die Sperre besteht nur für den Betrieb von Diedr. Müller.

In Olbernhau sind bei der Firma Rudolf Richter, Holzwarenfabrik, wegen Vertragsbruches Differenzen ausgebrochen. Anfang Juli dieses Jahres wurde mit diesem Betriebe ein Vertrag abgeschlossen, in dem die Arbeitszeit unter Berücksichtigung, daß dieselbe in den anderen Holzwarenfabriken eine 60- und mehrstündige ist, auf 58½ Stunden festgesetzt ist. Am 27. Juli hat der Unternehmer den Arbeitern einen neuen Vertrag unterbreitet und die unbedingte Anerkennung der 60stündigen Arbeitszeit gefordert, sowie die früheren Zugeständnisse bei Lohn und Akkord um 50 Proz. herabgesetzt. Ein Vorstelligwerden der Organisationsleitung konnte Herrn Richter auch nicht dazu bewegen, auf den Vertragsbruch zu verzichten. Wir ersuchen, den Zuzug solange fernzuhalten, bis Herr Richter sich bereit erklärt hat, diese Verschlechterungen zurückzuziehen.

Im Nabenauer Stuhlgebiet dauert der Streik der Stularbeiter und Tischler unverändert fort. Es wird nach wie zuvor um Fernhaltung von Zuzug gebeten.

In Rädnitz stehen seit dem 5. August die Korbmacher der Stralauer Glashütte im Streik. Der Betrieb wird jetzt nur noch vom Meister, seinem Sohn, einem Lehrling und dem Korbmacher G. Seipold (zuletzt in Frankfurt a. Oder tätig) aufrechterhalten. Die Betriebsleitung und ihre Trabanten sind eifrig bemüht, das Lehrlingsunwesen zu noch höherer Blüte zu bringen, als es bisher schon war, bis jetzt aber ohne Erfolg. Den streikenden Korbmachern ist es von seiten des Betriebsleiters verboten worden, die Hüttenhäuser zu betreten. Wahrscheinlich sollen sie nicht zu große Sehnsucht nach den Fleischtöpfen der Kolonie Rädnitz bekommen. In nächster Zeit werden die Streikenden alle untergebracht sein. Alle Anfragen sind an Adolf Mathiebe, Korbmacher, Deutsch-Neitkow, Kreis Krossen (Oder), zu richten.

In Schmölln haben die Uhrengehäusearbeiter nach der am 1. Juli erfolgten Kündigung des Tarifvertrages am 9. August den Arbeitgebern die Forderungen für ein neues Vertragsverhältnis übermittelt. Gefordert wird: Verkürzung der Arbeitszeit von 58 auf 50 Stunden, 10prozentige Lohnerhöhung verteilt auf zwei Zeitabschnitte, Aufbesserung des Zuschlages für Ueberstunden von 5 auf 10 Pf. für die ersten 2 Stunden, für weitere und Sonntagsarbeit 15 Pf., periodenweise Aufbesserung der Stundenlöhne für männliche Arbeiter insgesamt um 7 Pf., für weibliche um 4 Pf. Ferner Gewährung eines Mindestlohnes für Maschinenarbeiter, welche ein halbes Jahr an Holzbearbeitungsmaschinen gearbeitet haben und einiges mehr. Die Unternehmer antworteten, daß sie die Angelegenheit dem Industrie-Schutzverband in Dresden I, dem sie als Mitglieder angehören, überwiesen haben. Das kann die Arbeiterschaft nicht irre machen, sie wird sich dadurch weder einschüchtern, noch deshalb auf eine Verschleppung einlassen.

In Sebnitz in der sächsischen Schweiz hat die Mehrzahl der Arbeitgeber den geforderten Vertrag nunmehr anerkannt und sind alle Streikenden zu den neuen Bedingungen untergebracht. Ein Teil der Betriebe bleibt gesperrt, bis auch die Innung den gleichen Vertrag anerkennen wird. Arbeitsuchende Kollegen sind deshalb verpflichtet, vor Arbeitsannahme in Sebnitz sich beim Kassierer der Zahlstelle zwecks Information zu melden.

In Tailfingen b. Ebingen wurde mit der Schlafzimmermöbelfabrik Bitzer u. Co. ein Akkordtarif vereinbart. Die Arbeitszeit wurde von 10 auf 9¾ Stunden herabgesetzt und den Lohnarbeitern die Stundenlöhne um 2 und 3 Pf. erhöht. An Stelle des 14tägigen Lohntages wird jetzt jeden Sonnabend mittag der Lohn ausbezahlt, damit es den Frauen möglich ist, an diesem Tage ihre Einkäufe zu machen. Es wäre zu wünschen, daß auch in den übrigen Schreinereien am Platze zum mindestens in bezug auf Arbeitszeit diese Vereinbarung zur Anerkennung gebracht würde.

In Waldheim in Sachsen haben mit der Stuhlfabrik R. W. Otto Verhandlungen im Beisein der beiderseitigen Organisationsvertreter stattgefunden und wurde mit den Stuhlbauern eine Einigung erzielt.

In Warmbrunn hat auf den Schaffgotschen Werken der schon einmal zurückgewiesene Vertrag in bedeutend verschärfter Form noch einmal die Unterschrift des berühmten Arbeiterausschusses gefunden. Der Vertrag bedeutet den Verzicht auf persönliche, Gewissens- und Koalitionsfreiheit. Mit welchen Mitteln die Betriebsleitung versucht, die alten Arbeiter wieder heranzuziehen, beweist der folgende Fall: Ein Kollege, der bereits andere Arbeit hatte, wollte seinen rückständigen Lohn und sein noch im Betrieb befindliches eigenes Werkzeug holen. Der Direktor sagte ihm, er könne alles haben, wenn er aus dem Verband austrete, und bot ihm noch 3 Mk. extra dafür. Der Kollege wurde gepreßt, auf eine Postkarte seine Austrittserklärung zu schreiben. Der Kollege hat aber trotzdem auf diese Fleischtöpfe verzichtet und ist Mitglied geblieben. Einem Kollegen, der auf seine Ehre hält, dürfte es kaum nach diesem Betriebe gelüsten. Warmbrunn ist deshalb auch weiterhin zu melden. — In der „Eiche" wird uns der Vorwurf gemacht, wir versuchten für die bedauerlichen und unerfreulichen Vorgänge bei diesem Streik den Gewerkverein als Sündenbock hinzustellen. Davon kann gar keine Rede sein. In einer Versammlung der Streikenden am 25. Juli wurde von unserem Vertreter anerkannt, daß der Bezirksleiter des Gewerkvereins sich alle Mühe gegeben habe, seine Mitglieder zu halten, daß ihm das aber, nachdem die anderen schon vorher abgefallen waren, nur bei einem einzigen 8 Arbeitstage lang, bis zu dem zweiten Verrat des Arbeiterausschusses, gelungen sei. Weiter ist doch in Nr. 31 der „Holzarbeiterzeitung" keineswegs verschwiegen, daß auch auf unserer Seite Abtrünnige zu verzeichnen waren. Die Mahnung, künftig bei der Wahrheit zu bleiben, müssen wir dem Berichterstatter der „Eiche" schon zurückgeben. Die Behauptung, es seien 30 Verbändler in den Betrieb hineingelaufen, ist direkt wider besseres Wissen aufgestellt. Der Berichterstatter weiß genau, daß unsere sämtlichen Mitglieder (43 an der Zahl) in den Streik getreten sind, und er kann auch wissen, daß von diesen 43 — Streikende sind nicht mehr vorhanden — 29 abgereist oder anderweitig in Arbeit gebracht sind, daß also auf unserer Seite höchstens 14 (nicht 30) Arbeitswillige zu verzeichnen sind. Die Arbeitswilligen, mit denen der „Eiche"-Mann ja noch eine rege freundschaftliche Verbindung unterhält, können ihm das bestätigen. Nun ist natürlich die Tatsache, daß von unseren 43 nur 14 und nicht alle (wie beim Gewerkverein) zu Streikbrechern geworden sind, für uns ebenso wenig ein Trost, wie es für den Gewerkverein ein Trost sein kann, daß in diesem Falle die unzuverlässigsten Elemente nicht auf seiner Seite allein sind.

In Wattenscheid existiert noch in den zwei größeren Bauschreinereien von Schalke und Evers die 10½stündige Arbeitszeit; in allen anderen Werkstätten wird nur zehn Stunden gearbeitet. Der Wunsch der Kollegen, auf Einführung der 10stündigen Arbeitszeit wurde seitens der beiden Inhaber nicht berücksichtigt. Die Kollegen haben nunmehr ihre Kündigung eingereicht, und wollen zureisende Kollegen die beiden Firmen mit Arbeitsangeboten verschonen.

In Zwickau sind die Holzarbeiter und Metallarbeiter der Waggonfabrik Schumann gemeinsam in den Streik getreten, da die Firma auf die eingereichten Forderungen nicht die geringsten Zugeständnisse in Aussicht stellte. Zur Bekräftigung dieses Verhaltens wurden noch einige Kollegen sofort entlassen. — Ebenso haben die Stellmacher in den Kleinbetrieben Forderungen eingereicht. Auch diese scheinen auf friedlicher Basis kaum zur Anerkennung zu gelangen, da die Arbeitgeber es nicht einmal für nötig halten, auf die Eingabe zu antworten. Zuzug von Stellmachern, Tischlern und Maschinenarbeitern ist daher nach Zwickau fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Der französische Verband der Bürstenmacher, Kunstdrechsler, Kammacher und verwandter Berufe mit dem Sitz in Hermes (Oise), der seinen baldigen Beitritt zur Internationalen Union der Holzarbeiter in Aussicht gestellt hat, veröffentlicht im „Bulletin" der Union über seine Entwickelung, Konstitution und Zusammensetzung den nachfolgenden Bericht:

Der Verband wurde im März 1908 mit vier kleinen Gewerkschaften gegründet; der erste Kongreß fand in Valdampierre, einem kleinen, aber für die Knopfindustrie sehr wichtigen Industrieorte statt. Beim Jahresschluß 1903 zählte der Verband nur noch zwei Syndikate, und deren Anzahl vermehrte sich nicht bis zu Ende des Jahres 1904. Erst dann setzte eine langsame Entwickelung ein. 1905 zählte der Verband 9 Gruppen, 1906 schon 11, um dann noch schneller, und zwar bis auf 37 angeschlossene Organisationen im Jahre 1910 zu steigen. 15 kleine Gewerkschaften der Knopfarbeiter wandelten sich in Sektionen eines allgemeinen Knopfarbeitersyndikates um. Unser Verband zählt jetzt noch 22 Syndikate, hält aber auch mit den 15 genannten Sektionen direkte Beziehungen aufrecht.

Zum Verbande gehören die Bürstenmacher, Pfeifenmacher, Spielwarenarbeiter, Kammacher, Besenmacher, Blumenarbeiter, Drechsler, Knopfarbeiter und verwandte Branchen. Der Verband hat jetzt 3400 Mitglieder und hoffen wir, diese Zahl durch unsere Reorganisation und den Ausbau des Verbandes recht bald auf 8000 zu bringen. Es handelt sich dabei besonders um die in der Manschetten- und Hemdenknopfindustrie beschäftigten Arbeiter.

Im Jahre 1908 führte die Föderation die Streiks der Bürstenmacher in Charleville und der Pfeifenarbeiter in St. Omer, von denen der erste zwei Monate, der andere sieben Wochen dauerte. Die dabei beteiligten Arbeiter setzten die verlangten Lohnerhöhungen durch. Im Jahre 1909 brach der große Streik der Knopfarbeiter der Oise aus, der 8000 Arbeiter umfaßte und 9 Wochen dauerte. Die Unternehmer mußten die geforderten Lohnerhöhungen bewilligen, die von den Arbeitern in Vorschlag gebrachten Tarife wie auch die Gewerkschaft selbst anerkennen. Dann kam der Streik der Bürstenmacher in Bordeaux, wie auch der Besenmacher in derselben Stadt. Der erstere wurde nach 5 Wochen durch einen Vergleich beendet, während der andere nach 17 Tagen ohne Erfolg abgebrochen werden mußte, weil einige Arbeitswillige sich nicht beteiligen wollten; infolgedessen ging auch diese Gewerkschaft zugrunde. Auch der Bürstenmacherstreik in Jubisy ging nach 42tägiger Dauer verloren. Diese Kollegen gründeten darauf eine Produktivgenossenschaft. Am 23. Februar 1911 begann der Streik der Bürstenarbeiter des Seine-Departements wegen der Weigerung der Unternehmer, die Löhne für die verschiedenen Bürstenarbeiter um 10 bezw. 15 Proz. zu erhöhen; augenblicklich läßt sich das Ende dieses Kampfes noch nicht absehen. Im Jahre 1906 war der Verband noch in einen Streik der Pfeifenarbeiter in St. Claude verwickelt, der 5 Monate dauerte und an dem 2200 Arbeiter beteiligt waren. Die Unternehmer bewilligten die Forderungen, um 3 Monate später ihre Arbeiter auszusperren. Diese Aussperrung währte 2 Monate, doch mußten die Unternehmer schließlich nachgeben und die Gewerkschaft der Arbeiter anerkennen.

Die Arbeitsbedingungen in diesen verschiedenen Industrien sind im allgemeinen ziemlich gute. Immerhin aber ist man berechtigt, auf eine weitere Verbesserung zu drängen und das geschieht auch tagtäglich. Besonders in bezug auf die Löhne bleibt noch viel zu wünschen übrig. In der Bürsteninduſtrie zum Beispiel sind die Löhne je nach den Gegenden sehr verschieden. Im allgemeinen verdienen die Arbeiter dieser Industrie am wenigsten und es gibt sogar größer Städte, wie zum Beispiel Rouen, wo die Arbeiter nur mit Mühe auf einen Wochenverdienst von 20 Frank kommen. In der Knopfindustrie beträgt der durchschnittliche Lohn für Arbeiter 5 Frank, für Arbeiterinnen 3 Frank pro Tag. Aehnlich sind die Löhne in der Pfeifenindustrie. In der Zahnbürstenindustrie verdienen die Arbeiter durchschnittlich 4,50 Frank, und Frauen, welche zu Hause arbeiten, 1,50 Frank. In der Kammindustrie beträgt der durchschnittliche Lohn 4,50 Frank für männliche, 2,50 Frank für weibliche Arbeiter. Zahnbürsten und Knöpfe werden vielfach im Stücklohn und in Heimarbeit hergestellt, zumal bei dieser Industrie eine sehr weitgehende Arbeitsteilung durchgeführt ist. Doch wird jetzt eine große Agitation gegen die Stück- und Heimarbeit betrieben. Deren Beseitigung wird allerdings nicht leicht sein, doch hoffen wir bestimmt, dieses Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen.

Der 28. Deutsche Tischlertag fand in den Tagen vom 6. bis 8. August in Dresden statt, das ja gegenwärtig neben dem Nützlichen recht viel des Schönen bietet. Allzuviel Welterschütterndes darf man von diesen alljährlichen Zusammenkünften, mit ihren sich oft wiederholenden Verhandlungsgegenständen, allerdings nicht erwarten, nachdem die Tätigkeit der Tischlerinnungen durch die des Arbeitgeberschutzverbandes stark in den Hintergrund gedrängt ist. Dem Geschäftsbericht des Bundessekretärs Dr. Müffelmann folgte ein Referat des Potsdamer Reichstagsabgeordneten Pauli über die Reichsversicherungsordnung. Die Herren Innungsvertreter freuten sich über deren jetzige Gestaltung, meinen aber, daß die Grenze der Leistungsfähigkeit der selbständigen Gewerbebetriebe durch diese erneute Mehrbelastung schon überschritten ist und erwarten, daß die Behörden den erhöhten Selbstkosten der Arbeiten bei deren Vergebung Rechnung tragen. Ueber den paritätischen Arbeitsnachweis referierte Obermeister Rahardt-Berlin, der die alte, aber durch ihre Wiederholung nicht wahrer werdende Behauptung aufwärmte, daß die Arbeiterorganisationen die paritätischen Nachweise nur zur Stärkung der eigenen Stellung ausnützten. Rahardt warnte die Innungen, sich auf solche Nachweise einzulassen, bevor die zur Milderung des Obligatoriums eingeleiteten Verhandlungen zu einem Ergebnis geführt haben. Die vom Referenten beantragte Resolution gelangte natürlich zur Annahme. Sie lautet:

„Der 28. Deutsche Tischlertag zu Dresden spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Organisationen der Holzarbeiter die Frage der Arbeitsvermittelung zur Kampffrage gemacht haben und unter dem Deckmantel der Parität eine dominierende Stellung der Arbeiter verfolgen. Der Tischlertag stellt insbesondere fest, daß die in einer Reihe von Großstädten eingeführten paritätischen Nachweise mit obligatorischer Benutzung zu schweren Schädigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer geführt haben und vor einer Einführung dieser Art von Arbeitsnachweisen auf das eindringlichste gewarnt werden muß.

Bei der großen Spezialisierung des Tischlergewerbes und den verschiedenartigen Ansprüchen der Betriebe nach qualifizierten Branchearbeitern muß das von Arbeitern geforderte und an den verschiedenen Plätzen eingeführte Nummernsystem strikte abgelehnt werden.

Solange die Arbeiterorganisationen nicht die Gewähr bieten, daß den berechtigten Wünschen der Arbeitgeber Rechnung getragen und Sicherheit dafür geboten wird, daß der Nachweis eine absolut neutrale Stelle ist, wo nichts weiter getrieben werden darf, als Arbeitslose an die für sie geeigneten Stellen zu vermitteln, lehnt es der Tischlertag ab, paritätische Arbeitsnachweise zu befürworten."

Mit Rücksicht auf die ausführliche Behandlung dieser Frage in den letzten Nummern dieser Zeitung können wir hier darüber hinweggehen.

Unter den sonstigen Punkten der Tagesordnung befanden sich unter anderem Referate über die Sicherung der Bauforderungen, die Regelung des Submissionswesens sowie die Wirkung der Gewerbeaufsicht. Eine zu letzterem Punkte angenommene Resolution wendet sich gegen die gewerbepolizeilichen Beschränkungen bezüglich einzelner Arbeiten in Holzlagerkellern und betreffs der Geräuschentwickelung in Tischlereien. Ein anderer Beschluß des Tischlertages verlangt, daß erstmalige Entwürfe an Auftraggeber nicht unberechnet abgegeben werden.

Bezüglich der Einführung des Religionsunterrichts in den Fortbildungsschulen sagte Meister Pauli-Potsdam zutreffend, daß ein solcher Unterricht nicht zur theoretischen und praktischen Ausbildung des Handwerkslehrlings gehöre. Der Tischlertag erklärte sich einstimmig gegen die Einführung des Religionsunterrichts, wobei allerdings wohl die Sorge ausschlaggebend war, den Lehrling noch länger als bisher zur Schule beurlauben zu müssen. Zu dem bekannten Abwehrkampf gegen die Möbelhändler empfahl ein Kölner Redner die Gründung von Verkaufsgenossenschaften. Ein Wiesbadener Antrag, der die stärkere Anpflanzung von Nußbaumholz verlangt, kam zur Annahme. Als Vorsitzender wurde Nicht-Berlin wiedergewählt.

Resolutionen und Beschlüsse hat ja nun der Tischlertag in den zwei Verhandlungstagen genug geboren. Charakteristisch für die übliche Art der Ausführung ist aber, daß man die im Vorjahre beschlossenen und durch eine großzügige Reklame unterstützte Erhöhung der Verkaufspreise um 7½ Proz. diesmal noch einmal beschließen mußte, weil sie sich nicht überall durchführen ließ.

Ein kleines bißchen scharfmachen möchten auch die bayerischen Schreinermeister, deren Verband jetzt 1250 Mitglieder zählen soll. Wie der Vorsitzende Spönnemann-Nürnberg auf dem kürzlich abgehaltenen Verbandstag berichtete, hat der Verband in einer Eingabe an den Bundesrat gebeten, schärfere Maßnahmen zum Schutze der lieben Arbeitswilligen zu treffen. Insbesondere solle das Streikpostenstehen unter dem Deckmantel „verkehrspolizeilicher Rücksichten" mehr beschränkt werden. Zur Begründung mußte herhalten, daß die Herren bei Ablauf der Tarifverträge im Jahre 1912 schwere Kämpfe befürchten. Statt einer friedlichen Verständigung die Wege zu ebnen, rufen die Herren schon heute nach dem Schutzmannsrevolver.

Der Kampf zwischen Möbelhändlern und Tischlermeistern hat bekanntlich die Berliner Tischlerinnung veranlaßt, ihre Produkte dem Publikum und den Aufkäufern in einer Möbelmesse direkt vorzuführen. Diese ist nun am 19. August in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten in Berlin zur Eröffnung gelangt und wird bis zum 4. September zu unentgeltlicher Besichtigung geöffnet bleiben. Als besonderer Anziehungspunkt dürfte der Wettbewerb in einfachen Wohnungseinrichtungen dienen, der einige recht hübsche Ein- und Zweizimmerwohnungen im Preise von 500 bezw. 800 Mk. vorführt.

Große Feuersbrünste in Holzbearbeitungsbetrieben sind in jüngster Zeit, begünstigt durch die andauernde Trockenheit, zu verzeichnen gewesen. In Luckenwalde brannte eine Bautischlerei mit 60 Bänken total ab. In Stuttgart äscherte am 14. August ein Schadenfeuer das bedeutende Holzlager der Pianofortefabrik Lipp u. Sohn vollständig ein, wobei die Flammen auch auf den Fabrikneubau übergriffen. 50 fertige Klaviere sind durch Feuer und Wasser vollständig vernichtet worden. Der Schaden wird auf über hunderttausend Mark berechnet. Ein Riesenbrand ist in der Nacht vom 19. zum 20. August in den ausgedehnten Anlagen des Opelwerkes in Rüsselsheim bei Frankfurt a. M. ausgebrochen und hat den größeren Teil der Fabrikationsräume vernichtet. Den Mittelpunkt des Feuers bildete das Möbellager, das den Flammen vollständig zum Opfer fiel. Das Werk fertigt Nähmaschinen, Fahrräder und Automobile an und beschäftigt auch eine große Anzahl Holzarbeiter. Die Betriebsunterbrechung dürfte längere Zeit dauern. Die organisierten Arbeiter haben nun wenigstens eine Hilfe durch die Arbeitslosenunterstützung ihrer Verbände, während die vielen Indifferenten ohne solche dastehen. Diese umfangreichen Schadenfeuer mahnen zu äußerster Vorsicht beim Umgang mit brennbaren Stoffen in den Betrieben unseres Berufes.

Die süddeutschen Rolladenfabriken haben eine Preiskonvention abgeschlossen. Zu diesem Zwecke wurde ein neuer Verband ins Leben gerufen, dem die tonangebenden Fabriken in München, Augsburg, Stuttgart, Frankfurt, Straßburg, Mainz, Mannheim und Ludwigshafen angehören. Vor einigen Jahren bestand schon eine Vereinigung, welche sich aber, da das Band nicht fest genug war, wieder auflöste. Der jetzt begründete Verband soll die Verbesserung der Verhältnisse in diesem Fabrikationszweig erstreben, insbesondere aber Hebung der unrentablen Preise, welchen das richtige Verhältnis zu den Preisen der Rohware fehlt. Bedeutend angezogen haben die Preise hauptsächlich der aus russischen und schwedischen Kiefernhölzern hergestellten Rolladenstäbe. Nach Zeitungsberichten ist ferner beabsichtigt, dem Verbande durch Angliederung der west-, ost- und norddeutschen Werke eine größere Ausdehnung und Machtstellung zu geben, und man hofft, die nach dieser Richtung hin bereits eingeleiteten Unterhandlungen bis zum Schluß dieses Jahres zu Ende führen zu können.

Im österreichischen Holzarbeiterverbande haben die Separatisten eine weitere Zersplitterung der Kräfte erzielt. Ihrer Agitation ist es am 13. August gelungen, in den Ortsgruppen Prag VII, Nusle, Smichow, Weinberge und Zizkow einen Beschluß auf Uebertritt zu dem neuen tschechoslavischen Holzarbeiterverband zu veranlassen. Da nur 592 von den vorhandenen 1217 Mitgliedern für den Uebertritt stimmten, ist es allerdings noch sehr fraglich, ob dieser geschlossen erfolgt. Das vorhandene Lokalvermögen wurde sofort an verschiedene tschechische Institutionen verteilt. Auf jeden Fall bedeutet dieser Vorgang eine bedauerliche Schwächung der gewerkschaftlichen Stoßkraft.

Gewerkschaftliches.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1910.

Die freien Gewerkschaften haben im Jahre 1910 eine recht günstige Entwickelung durchgemacht. Allein um 235 453 Personen konnte die Mitgliederzahl gesteigert werden, ein Gewinn, der vordem nur von den Jahren 1905 und 1906 überholt wurde. Die zweite Million freigewerkschaftlicher Arbeiter ist nun vollgeworden. Das Jahr 1910 schließt mit 2 128 021 Mitgliedern ab. Außerdem stehen aber noch die Verbände der Landarbeiter mit 11 282 und der Hausangestellten mit 4901 Mitgliedern auf dem Boden der freien Gewerkschaften, wenn sie auch ihre Kämpfe zum Teil mit anderen Mitteln als diese führen müssen.

Die Statistik der Generalkommission der Gewerkschaften über die Entwickelung der einzelnen Verbände ist jetzt im „Correspondenzblatt" veröffentlicht worden. Aus ihr ergibt sich, daß die Zahl der Gewerkschaftszentralen durch die vorgenommenen Verschmelzungen von 57 auf 53 zurückgegangen ist. Vereinigt haben sich die Verbände der Mühlenarbeiter und Brauer, der Seeleute, Hafenarbeiter und Transportarbeiter, und außerdem haben sich die Schirmmacher unserem Verbande angeschlossen. Die Berechnung der Mitgliederzahlen nach dem Jahresdurchschnitt ergeben für die 58 für die Gewerkschaftsstatistik in Frage kommenden Verbände eine Zunahme von 184 631 auf jetzt 2 017 208 Mitglieder. Der Stärke nach geordnet gruppieren sich die Verbände wie folgt, wobei die angeführten Zahlen ebenfalls den Jahresdurchschnitt angeben: Metallarbeiter 415 862, Maurer 173 626, Fabrikarbeiter 159 152, Holzarbeiter 158 767, Transportarbeiter 124 891, Bergarbeiter 120 493, Textilarbeiter 113 822, Bauhilfsarbeiter 64 867, Buchdrucker 60 023, Zimmerer 54 908, Maler 42 602, Schneider 42 152, Schuhmacher 39 054, Brauerei- und Mühlenarbeiter 37 975, Gemeindearbeiter 36 125, Tabakarbeiter 32 645, Buchbinder 26 084, Bäcker und Konditoren 21 044, Steinarbeiter 20 267, Maschinisten 19 560, Lithographen 17 215, Buchdruckereihilfsarbeiter 15 742, Schmiede 15 320, Glasarbeiter 14 830, Lederarbeiter 13 767, Porzellanarbeiter 12 418, Sattler und Portefeuiller 12 121, Handlungsgehilfen 11 523, Töpfer 11 385, Steinsetzer 10 536, Gastwirtsgehilfen 10 320, Tapezierer 9116, Hutmacher 8975, Stuckateure 8810, Böttcher 7088, Dachdecker 6792, Gärtner 5561, Bureauangestellten 5536, Kupferschmiede 4482, Kürschner 4309, Glaser 4125, Schiffszimmerer 4070, Bildhauer 3876, Fleischer 3524, Zigarrensortierer 3090, Lagerhalter 2303, Friseure 2090, Zivilmusiker 1858, Asphaltleure 1000, Isolierer und Steinholzleger 852, Blumenarbeiter 825, Xylographen 470 und Notenstecher 425.

Die Generalkommission hat versucht, das Prozentverhältnis der Organisierten zu den Organisationsfähigen festzustellen, indem sie die Ergebnisse der Berufszählung von 1907 heranzog. Von den Gehilfen und Arbeitern im Alter von 16 Jahren und darüber waren organisiert in der Gruppe: Gärtner 0,15 Proz., Bergbau 2,40, Industrie der Steine und Erde 20,22, Metallindustrie 31,41, Fabrikarbeiter 18,69, Textilindustrie 14,80, Papier- und Lederindustrie 35,53, Holzindustrie 35,60, Nahrungs- und Genußmittelindustrie 18,84, Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 21,00, Baugewerbe 33,21, Polygraphische Gewerbe 68,69, Handels- und Transportgewerbe 15,49, Gastwirtsgehilfen 3,85 und Gemeindearbeiter 40,07 Proz. Ein Vergleich ließ sich dabei nur nach Industriegruppen ziehen. Absolut zuverlässig sind auch diese Zahlen nicht, da die Abgrenzung der Gruppen in der Reichsstatistik nicht streng mit der gewerkschaftlichen übereinstimmt. Zum anderen ist zu beachten, daß dies Verhältnis territorial stark variert.

Die Organisierung der Arbeiterinnen hat im Jahre 1910 noch bessere Erfolge aufzuweisen als die der männlichen Personen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 139 119 zu Jahresbeginn auf 175 028 zu Jahresschluß, also um 35 900 Köpfe. Im Durchschnitt des Jahres beträgt die Steigerung 27 624, die Gesamtzahl 161 512 weibliche Mitglieder. Von dieser letzteren Zahl entfielen auf die Verbände der Textilarbeiter 39 624, Metallarbeiter 19 610, Fabrikarbeiter 19 213, Tabakarbeiter 15 400, Buchbinder 12 308, Buchdruckereihilfsarbeiter 8965, Schneider 8060, Handlungsgehilfen 6882, Schuhmacher 6643, Transportarbeiter 5321, Holzarbeiter 4354, Hutmacher 3584, Bäcker und Konditoren 2644, Kürschner 1413, Porzellanarbeiter 1313, Brauerei- und Mühlenarbeiter 913, Zigarrensortierer 862, Gemeindearbeiter 861, Sattler und Portefeuiller 857, Lederarbeiter 854, Gastwirtsgehilfen 601, Glasarbeiter 573, Blumenarbeiter 333, Bureauangestellte

189, Lagerhalter 119, Tapezierer 116, Hafenarbeiter 60, Fleischer 48, Maler 39, Gärtner 37, Steinarbeiter 9, Schmiede 4, Glaser 2 und Friseure 1.

Einen größeren Prozentsatz der Gesamtmitgliedschaft machen die Arbeiterinnen aus bei den Hutmachern, Kürschnern und Textilarbeitern, fast die Hälfte erreichen sie bei den Blumenarbeitern, Buchbindern und Tabakarbeitern. Ueber 50 Proz. weiblicher Mitglieder haben die Verbände der Buchdruckereihilfsarbeiter und der Handlungsgehilfen.

Die Finanzen der Gewerkschaften haben ebenfalls eine weitere Besserung erfahren, trotzdem die Riesenkämpfe der Bauarbeiter und auf den Werften recht erhebliche Anforderungen stellten. Die Einnahmen stiegen von 50 520 114 Mk. auf 64 872 190 Mk., der Kassenbestand von 43 480 982 Mk. auf 52 575 505 Mk. Pro Kopf der Mitglieder macht das Einnahme 31,91 Mk. und Vermögensbestand 26,00 Mk., gegen 27,57 Mk. bezw. 23,78 Mk. im Jahre 1909. Allerdings konnte dieses günstige Resultat nicht erzielt werden, ohne wesentlich erhöhte Anforderungen an die Mitglieder zu stellen. Es wurden im Berichtsjahre an Extrabeiträgen, die von den Zentralvorständen ausgeschrieben waren, nicht weniger als 4 388 431 Mk. und von arbeitenden Mitgliedern in Streikorten 521 879 Mk., zusammen fast 5 Millionen Mark gezahlt. Die Maurer zahlten 1 066 216 Mk., die Bauhilfsarbeiter 648 986 Mk., die Zimmerer 785 468 Mk., die Stukkateure 210 848 Mk., die Dachdecker 25 940 Mk., die Holzarbeiter 598 879 Mark, die Schmiede 54 868 Mk., die Buchbinder 56 785 Mk. an Extrabeiträgen. Dieser Opferwilligkeit ist es zu danken, daß die Pläne der Unternehmer vereitelt werden konnten.

An regelmäßigen Verbandsbeiträgen vereinnahmten die Verbände 48 357 220 Mk., an Eintrittsgeldern 451 618 Mark, örtlichen Beiträgen 6 055 802 Mk., Zinsen 1 117 882 Mark und sonstigen Einnahmen 3 470 809 Mk., insgesamt mit den vorerwähnten Extrabeiträgen 64 872 190 Mk.

Die statutarische Mitgliederbeiträge entwickeln sich mit den steigenden Leistungen notwendigerweise nach oben. So sind es heute nur noch 8 Verbände, die unter 30 Pf. wöchentlich stehen; 9 haben 31 bis 40 Pf., 19 haben 41 bis 50 Pf. und 22 über 50 Pf. Zuzüglich der örtlichen Beiträge und sonstigen Einkünfte der Gewerkschaften ergibt sich, daß die höchsten Einnahmen pro Kopf des Mitgliedes hatten die Verbände der Stukkateure mit 71,18 Mk., Lithographen mit 68,47 Mk., Notenstecher mit 64,20 Mk., Buchdrucker mit 58,41 Mk.; die Zimmerer erzielten 57,53 Mk., die Bildhauer 48,05 Mk., die Glaser 43,90 Mk., die Schiffszimmerer 42,05 Mk., die Holzarbeiter 39,44 Mk. Die niedrigsten Einnahmen hatten die Blumenarbeiter mit 13,40 Mk. und die Handlungsgehilfen mit 12,01 Mk.

Die Gesamtjahresausgabe von 57 026 566 Mk. verteilt sich auf folgende Posten:

	Organisationen	Mk.
Reiseunterstützung	42	1 015 084
Umzugsunterstützung	36	316 452
Arbeitslosenunterstützung	48	6 075 522
Arbeitsunfähigen-(Kranken-)Unterstützung	51	9 028 693
Invalidenunterstützung	8	504 771
Beihilfe in Sterbefällen	47	884 012
Beihilfe in Notfällen	50	548 567
Streiks im Beruf	50	10 068 072
Streiks in anderen Berufen und Ausland	44	584 688
Rechtsschutz	52	880 322
Gemaßregeltenunterstützung	48	800 738
Verbandsorgan	57	2 208 860
Bibliotheken	36	280 296
Unterrichtskurse	32	89 806
Statistiken	21	88 762
Agitation	55	2 508 994
Druckschriften, Broschüren usw.	46	468 012
Stellenvermittelung	21	78 512
Konferenzen und Generalversammlungen	53	628 808
Sonstige Zwecke	55	2 055 448
Beitrag an die Generalkommission	55	202 447
Beitrag zu internat. Verbindungen	32	59 261
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	49	985 469
Prozeßkosten	19	87 794
Verwaltungskosten (der Hauptkassen) persönliche	57	1 019 888
Verwaltungsmaterial	56	671 264

Auf Unterstützungen, welche also den Mitgliedern direkt in bar wieder zugute kommen, entfallen von den Ausgaben allein 39 117 666 Mk. In Vorjahre betrug diese Summe rund 29 Millionen Mark. Die kolossale Steigerung ist in der Hauptsache auf die Streikunterstützung zurückzuführen, die 1910 allein 13 Millionen Mark mehr als im Vorjahre erforderte. Die Krankenunterstützung ist stabil geblieben. Bei der Arbeitslosenunterstützung zeigt sich die bessere Geschäftslage, indem hierfür 2½ Millionen Mark weniger verausgabt wurden. Immerhin mußten einzelne Gewerkschaften noch recht erhebliche Aufwendungen machen, um die Folgen der Arbeitslosigkeit in etwas zu mildern. So entfällt zum Beispiel an Ausgaben für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung pro Kopf des Mitgliedes bei den Buchdruckern 19,53 Mk., bei den Bildhauern 14,47 Mark, bei den Xylographen 13,68 Mk., bei den Glasern 12,30 Mk. Der Holzarbeiterverband wandte für Arbeitslose und Reisende 7,08 Mk. auf, für Kranke 4,97 Mk. Im letzteren Unterstützungszweige stehen die Lithographen mit 16,25 Mk. obenan, ihnen folgen die Buchdrucker mit 15,36 Mark und die Notenstecher mit 13,54 Mk.

Gegenüber diesen Beträgen, welche die Arbeiter selbst aufbringen, nimmt sich doch das Gejammere der Unternehmer ob der hohen sozialen Lasten der deutschen Industrie recht kläglich aus. Die Fürsorge für Kranke und Arbeitslose sollte eine Aufgabe der Gemeinwesen sein. Statt dessen müssen die Arbeiter auf diesem Gebiete vorbildlich vorgehen, der einzelne weiß, welche Stütze er in den Tagen der Not an seiner Gewerkschaft hat.

Das Gesamtbild der diesmaligen Gewerkschaftsstatistik läßt eine erfreuliche Aufwärtsbewegung erkennen, die auch im laufenden Jahre angehalten hat. Immerhin zeigen die oben genannten Prozentverhältnisse von Organisierten zu den Organisationsfähigen, daß noch große Arbeitermassen zu gewinnen sind, diesen aber muß unser aller Aufmerksamkeit gelten.

Die Aussperrungen in der Metallindustrie Sachsens und Thüringens haben seither nicht die von den Unternehmern gewünschte Ausdehnung genommen. In Leipzig drohte man 12 000 Mann auszusperren, nach den Schätzungen des Metallarbeiterverbandes dürften es seither kaum viel über 8000 geworden sein. Die Schlosserinnung hat die Beteiligung an der Aussperrung abgelehnt, weil sie sich das gute Geschäft nicht verderben will. Auch größere Betriebe suchen sich von der Verpflichtung zu drücken, indem sie ihre Arbeiter umschichtig aussetzen lassen oder auch viel Leute annehmen und entlassen, um so die 60 Proz. Ausgesperrter zu erzielen. Der Metallindustriellenverband will jetzt den unorganisierten Ausgesperrten 15 bezw. 20 Mk. wöchentliche Unterstützung zahlen. Vielleicht wird ihm das aber ebenso teuer, als derzeit der Dresdener Firma Seidel u. Naumann das gleiche Beginnen. Den Betrieben, welche bis 14. August nicht volle 60 Proz. ausgesperrt haben, ist eine — allerdings rechtlich unwirksame — Buße von 50 Mk. angedroht worden. Da seither alles nichts half, haben jetzt die Fabrikanten in Dresden und in Saalfeld i. Thür. ihren Arbeitern die Aussperrung zum 26. August ankündigen müssen, falls bis 28. August eine Einigung in den Aussperrungsgebieten nicht erzielt ist. Selbst bürgerliche Blätter müssen jetzt anerkennen, daß die Ursache zu diesen Beunruhigungen der deutschen Industrie nicht an den „unerfüllbaren" Forderungen der Arbeiter liegt, sondern an den Unternehmerorganisationen, welche die Parität der Arbeiter und deren Verbände nicht anerkennen wollen. — An dieser Bewegung sind auch etwa 800 bis 400 Mitglieder unseres Verbandes (Modelltischler, Maschinenarbeiter, Stellmacher) beteiligt.

Im Transportgewerbe Englands toben gegenwärtig riesige Arbeitskämpfe, in denen insbesondere das Verlangen der sogenannten ungualifizierten Arbeiter nach Besserstellung zum Ausdruck kommt, wobei die qualifizierten sich aus Solidarität anschließen. Ende Juli brach im Hafen von London ein Streik der Dockarbeiter aus, an dem 30 000 Personen beteiligt gewesen sein sollen. Am 6. August kam eine Verständigung mit den Arbeitgebern zustande, die Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung brachte. Doch blieben die Docker im Ausstand, bis auch die Forderungen der ebenso zahlreichen Lastfuhrleute bewilligt waren. Letzteren hatten sich die Leichterbootsführer, Stauer und Kohlenträger angeschlossen, so daß die Zahl der Ausständigen in London auf 100 000 Mann wuchs. Durch das vollständige Stilliegen der Zufuhr stiegen die Nahrungsmittel bereits bedeutend im Preise. Die Versorgung der Krankenhäuser mit Waren war jedoch von den Streikenden freigegeben. Am 14. August kam auch für die letzten Gruppen eine Einigung zustande. Der Streik ist aufgehoben, doch ist die Arbeitsaufnahme in London noch nicht allgemein erfolgt, da die Unternehmer Schwierigkeiten machten. Inzwischen ist es in Manchester, Hull und an anderen Orten zu Streiks der Lastträger und Bahnhofsarbeiter gekommen. In Liverpool wurden die Hafenarbeiter ausgesperrt und sind daraufhin auch andere Gruppen des Transportgewerbes in den Streik getreten. Es kam zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei.

Zu einem Generalstreik ist es in den Tagen des 17. und 18. August auf den englischen Eisenbahnen gekommen. Diese befinden sich im Besitz privater Gesellschaften, die nach Art unserer deutschen Metallindustriellen jede Verhandlungen mit den Gewerkschaften ablehnen. Der lange aufgespeicherte Groll der Bahnangestellten drängte zu einem Vorgehen. Verlangt wurde 54 stündige Arbeitszeit, 2 Schilling Lohnerhöhung, Anerkennung der Gewerkschaften und Abschaffung der (arbeiterfeindlichen) Einigungsämter. Die Hartnäckigkeit der Bahndirektoren führte zum allgemeinen Ausstande des Personals, wodurch der Bahnbetrieb lahmgelegt wurde. In London wurden allein 13 Bahnhöfe geschlossen. Nach den neuesten Meldungen kam durch Vermittelung des Handelsministeriums am 20. August eine Einigung zustande, so daß die allgemeine Arbeitsaufnahme zu erwarten sein dürfte. Die Zahl der Ausständigen des Transportgewerbes wurde Ende letzter Woche auf ¼ Million Menschen geschätzt. Diese spontan zum Teil gegen den Willen der Gewerkschaftsleitungen ausbrechenden Riesenkämpfe werden darauf zurückgeführt, daß die Arbeiter in den letzten guten Geschäftsjahren wohl die steigenden Lebenshaltungspreise auskosten mußten, an den steigenden Profiten der Unternehmer aber keinen Anteil hatten.

Die hohen Gewerkschaftssteuern sind ein beliebtes Schlagwort aller Arbeiterfeinde. Insbesondere spielen sie in Versammlungen und Organen der Gelben eine Rolle, die ja ihre Arbeiterehre bereitwilligst gegen ein Unternehmerabendbrot verkaufen. Hervorragend arbeitet auch der bekannte „Reichsverband" mit jenem Schreckgespenst. Der einsichtige Arbeiter weiß, daß die Beiträge zur Gewerkschaft eine vorteilhafte Kapitalsanlage bilden, um seine Arbeitskraft erhalten und preiswert verkaufen zu können. Jetzt hat zur Bestätigung noch ein höheres Gericht entschieden, daß Gewerkschaftsbeiträge zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind.

Diesen Standpunkt vertrat das Oberlandesgericht zu Düsseldorf in der Klagesache eines Buchdruckers, indem es ein Urteil des Landesgerichtes aufhob, das die Abrechnung von Gewerkschaftsbeiträgen bei der Feststellung des wirklichen Einkommens eines Buchdruckers als unzulässig erklärte. In den gegenteiligen Gründen des Oberlandesgerichts heißt es: „Wenn der Vorderrichter bemängelte, daß Beklagter jährlich 52 Mk. zur Gewerkschaftskasse zahle, was zur Bestreitung seines Unterhalts nicht erforderlich sei, so wird dabei der Begriff des Unterhalts verkannt. Dieser umfaßt den ganzen Lebensbedarf (§ 1610 Abs. 2 B. G.-B.) einschließlich der Ausgaben, die zur Erhaltung einer standesgemäßen Lebensstellung erforderlich sind. Mit Recht weist aber der Beklagte darauf hin, daß er als Buchdrucker, um eine seinen Fähigkeiten entsprechende Arbeitsstelle zu erhalten, einer gewerkschaftlichen Organisation angehören müsse, ganz abgesehen von den finanziellen Vorteilen, die er für den Fall der Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität dadurch erlangt, die aber seine Leistungsfähigkeit nicht unmittelbar erhöhen."

Es ist nur zu wünschen, daß diese Ansicht allgemein von den Gerichten anerkannt wird und daß in Konsequenz dessen die Steuerbehörden die Gewerkschaftsbeiträge als ebenso abzugsfähig vom Einkommen betrachten als bei den Unternehmern die Geschäftsunkosten gleicher Art.

Hirsche und Christen Arm in Arm. Der Kampf gegen die verhaßte freie Arbeiterbewegung hat sie sich zusammenfinden lassen, die Arbeitertruppen des Zentrums und des Freisinns. Wie erst jetzt bekannt wird, hat schon vor mehreren Monaten in Berlin unter dem Vorsitz des früheren Ministers Freiherrn v. Berlepsch eine Sitzung von christlichen Gewerkschaftsführern und Angestellten der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stattgefunden, die den Zweck verfolgte, eine Sammlung auch dieser beiden Gewerkschaftsrichtungen gegen die Sozialdemokratie bei der kommenden Reichstagswahl herbeizuführen. An dieser Sitzung haben unter anderen teilgenommen: Giesberts, Schiffers, Weber, Behrens von den Christen, Goldschmidt, Hartmann und Gleichauf von den Gewerkvereinen. Man einigte sich zunächst auch dahin, daß die Streitigkeiten zwischen den beiden Gewerkschaftsrichtungen einzustellen seien.

Nutzen wird beiden diese Paarung auf Zeit nicht viel. Höchstens können sie das hier und da ohnehin erschütterte Vertrauen der Mitglieder noch vollends einbüßen. Das scheinen übrigens manche leitende Gewerkvereinler selbst zu befürchten, denn der „Gewerkverein", das Hirsch-Dunckersche Zentralorgan, beeilt sich, die Nachricht als „unwahr" hinzustellen. Dabei gibt das Düsseldorfer Hirscheblatt „Westdeutsche Post" die Tatsache um die gleiche Zeit unvorsichtigerweise zu, nur habe die Konferenz nur der „Schaffung eines verträglichen Verhältnisses im gewerkschaftlichen Konkurrenzkampfe" gegolten. Das Zugeständnis dürfte dem „Gewerkverein" nicht gerade angenehm sein.

Eingesandt.

An die Modelltischler!

Trotzdem in Nr 18. der „Holzarbeiter-Zeitung" die neue Adresse der Zentralkommission veröffentlicht wurde, wird noch vielfach die alte benutzt, was dann unliebsame Verzögerungen in der Beantwortung zur Folge hat. Wir bitten deshalb, die Aenderung zu beachten. Viele Anfragen zeigen aber auch, daß manche Kollegen nicht einmal unser Verbandsorgan aufmerksam lesen. Gar manche Fragen würden sich erübrigen, wenn jeder die Gelegenheit benutzen würde, sich durch die Zeitung über den jeweiligen Stand der Organisation zu unterrichten.

Die Zentralkommission der Modelltischler.
J. A.: Albert Brötzke, Magdeburg, Siemensstr. 2.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin O. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Amerika-Fieber. Licht- und Schattenbilder aus dem Lande der Wolkenkratzer von Max Werner. Verlag für Literatur, Kunst und Musik in Leipzig. Ladenpreis geheftet 1,50 Mk. Ausnahmepreis für Gewerkschaftsmitglieder geh. 1,25 Mk., geb. 2 Mk.

Der Verfasser ist derzeit als Buchdrucker, der die englische Sprache beherrschte, mit ausreichenden Barmitteln ausgerüstet in zweiter Kajüte nach den Vereinigten Staaten ausgewandert, und mußte sich nach eineinhalb Jahren bitter enttäuscht als Hilfssteward wieder nach Deutschland herüberarbeiten. In dem kleinen Heftchen werden Reiseerlebnisse, Land und Leute recht anschaulich geschildert. Aber eins vermissen wir darin ganz: jedes nähere Eingehen auf die Arbeitsverhältnisse und jede Erwähnung der Gewerkschaften, während Turn- und Gesangvereine genannt werden. Die erste Aufgabe eines deutschen Arbeiters muß es doch auch im Auslande immer sein, mit seiner Gewerkschaft Fühlung zu nehmen.

Demgegenüber möchten wir Auswanderungslustige auf den von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands herausgegebenen „Ratgeber für Auswanderer nach den Vereinigten Staaten von Amerika" hinweisen, der durch die Verbandsvorstände zu beziehen ist.

Geschichte der Revolutionen. Vom niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrady. — Reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 20 Pf. Neu liegen jetzt die Hefte 39 bis 42 vor.

Anarchismus und Sozialismus. Von Georg Plechanow. Dritte durch ein Vorwort erweiterte Auflage. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 Mk., Volksausgabe 50 Pf.

Memoiren einer Sozialistin. Kampfjahre. Roman von Lily Braun. Verlag von Albert Langen in München. 657 Seiten. Preis geheftet 6 Mk., gebunden 7,50 Mk.

Die Verfasserin ist als Tochter eines preußischen Generals zum Sozialismus gekommen, unter dessen Fahne sie als Führerin zu wirken suchte. Der Roman ist ein Stück ihrer Lebensgeschichte. Szenen aus dem Berliner Konfektionsarbeiterstreik, wie solche aus dem Wahlkampfe von 1907, werden interessant geschildert, daneben aber auch Dinge, die man gut vermissen könnte. Durch die vielen Seiten geht ein Zug wie getäuschter Hoffnungen.

Verband der Maler, Lackierer usw. Protokoll der 13. Generalversammlung, abgehalten zu München 1911. Verlag von A. Tobler, Hamburg 22.

Deutscher Transportarbeiterverband. Jahrbuch 1910. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. Verlagsanstalt „Courier", Berlin SO.

Versammlungs-Anzeiger.

Frankfurt a. M. Samstag, den 2. Sept., abends 8½ Uhr, Sektionsversammlung der Glaser und Rahmenmacher in der Wirtschaft zur Pfalz, Holzgraben 7.

Wald (Rheinl.). Die Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Samstag im Monat statt.

Anzeigen.

Auerbach (Vogtl.). Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter und Drechsler befindet sich beim Kollegen Albin Handschuh, Reinpesgrünerstr. 6. Daselbst Reiseunterstützung. An Wochentagen 7 bis 8 Uhr, Sonn- und Feiertags 12—1 Uhr. — Umschauen strengstens verboten.

Braunschweig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich nur im Bureau, Werder 82, II. Umschauen, Benutzung des städtischen Nachweises sowie eventl. der Inserate ist strengstens verboten.

Filrth. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Verbandsbureau, Hirschenstr. 21. Alle zureisenden Kollegen sind gehalten, sich nur durch den Nachweis vermitteln zu lassen. Umschauen ist unbedingt zu unterlassen.

Leipzig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Volkshaus, Zeitzerstr. 32. Für die Arbeitsvermittlung gelten besondere Bestimmungen. Umschauen und schriftliche Anfragen sind nicht gestattet. Die zugereisten Kollegen haben sich in erster Linie im Zahlstellenbureau zu melden.

Oppeln. Die Reiseunterstützung wird von jetzt ab ausbezahlt bei H. Schmidt, Fleischstr. 8.

Pforzheim. Die Adresse des Bevollmächtigten ist Michael Schwab, Nebenius 15. Die Korrespondenzen für unsere Zahlstelle dürfen nur an diese Adresse gerichtet werden.

Rabenau. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse, 1. Etage. Geöffnet von 11—1 und 5—7 Uhr. Umschauen ist verboten.

Wiesbaden. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinenarbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich beim Kollegen Eimer, Hermannstr. 22, vorn part. Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftshaus, Wellritzstraße 41, ausbezahlt. An Wochentagen abends 7—8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12—1 Uhr.

Waldemar Vincent, Tischler, Buchn. 129047, und **Karl Iwardy,** Stellmacher, Buchn. 501686, werden aufgefordert, die der Zentralbibliothek entliehenen Bücher sofort an die Ortsverwaltung der Zahlstelle Hannover einzusenden.

Hans Kugler, Schreiner, wird ersucht, seine Adresse zu send. an seine Mutter, Wwe. Kugler in Seidwitz bei Creussen, Oberfranken.

Walter Morgenstern, Stuhlbauer aus Rabenow, Sachsen, Buchn. 572408, wird dringend gebeten, seinen Eltern ein Lebenszeichen zu geben. Auch Kollegen, die etwas von ihm wissen, werden um Nachricht gebeten an Wilh. Morgenstern in Neuhausen, Bez. Dresden.

Friedr. Krause, Tischler, geb. 9. 6. 87 zu Grimlinde, Kr. Wehlau, wird ersucht, seine Adresse zu senden an A. Schmedemann, Husum, Ibensweg 47.

Fachblatt für Holzarbeiter

Jahrgang 1910 zu kaufen gesucht. Zahle vollen Preis und mehr.

Wilh. Becker, Neuenrade, Westf.

Modellschreiner.

Mehrere selbständige ältere Arbeiter sowie ein tücht. erfahr. Vorarbeiter, der auch in der Kalkulation bewandert ist, zum baldigen Eintritt gesucht.

G. Gottwik, Modellschreinerei
Stuttgart, Senefelderstraße 68 A.

Tischler

für eichene Herren- und Speisezimmer für dauernd gesucht.

Schlott & Comp.
Trebsen, Bezirk Leipzig.

Werkführer und **Zeichner** nach **China** gesucht. Absolventen der Tischler-Schule Ilmenau bevorzugt. Offert. unter **O. A. 267** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Suche einen **Tischler**

Aug. Drenkhahn, Tischlermeister
Techentin b. Ludwigslust (Mecklenb.).

Einen **Tischler** auf Bau und einfache Möbel sucht

R. Mustroff, Tischlerei mit Kraftbetrieb,
Unruhstadt, Posen.

Tüchtige Möbelschreiner, die selbstständig nach Zeichnung auf feinere Möbel arbeiten können, per sofort gesucht.

Ludwig Alter, Hofmöbelfabrik
Darmstadt.

Reflektanten haben mit dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle Darmstadt in Verbindung zu treten.

Tüchtiger Tischler

auf Treppenbau gesucht.

Emil Kirchner, Großenhain i. Sa.

Meister für Russland.

Gesucht wird tüchtiger Vorarbeiter, welcher mit Holzbearbeitungsmaschinen zur Herstellung von Sprechmaschinenkasten umgehen, furnieren, lackieren, sowie selbst Modelle entwerfen kann. Reisevergütg., fr. Wohnung, verheirat. bevorzugt. Diskretion zugesichert. Offerten mit Referenzen erbitte unt. **E. M. 266** an die Expedition dieses Blattes.

Perfekte Stuhlbauer

für bessere Stühle und gute sichtbare Garnituren für dauernd gesucht. Neue, moderne Fabrikanlage.

Schubert & Schramm, Möbelfabrik
Uttwil am Bodensee, Schweiz.

---

2 Stellmacher, einen davon auf Karosseriebau, sucht sofort **P. Schmidt**
Dessau i. Anh., Leipzigerstraße.

Tüchtige **Maschinenarbeiter** zum Zu- und Rundschneiden gesucht.

J. Schneiders Korkfabrik
Düsseldorf.

---

2 tüchtige **Tischlergesellen** sucht für dauernde Arbeit per sofort

Paul Ellmer, Tischlermeister
Lehesten i. Thür.

Wir suchen sofort einen tüchtigen älteren **Möbeltischler** für bessere eichen und polierte Möbel. Lohn ca. 50 Pf. pro Std. 0½ stünd. Arbeitszeit. Die Stelle ist dauernd und werden verheiratete Bewerber bevorzugt.

Harsefelder Werkstätten Gebrüder Dreyer
Harsefeld b. Hamburg.

Tüchtiger erster **Maschinen-Arbeiter** vertraut mit sämtlichen Holzbearbeitungs-Maschinen b. hoh. Lohn für dauernd gesucht.

Carl Kuhrmeier, Möbelfabrik
Peine, Hannover.

Tüchtiger, selbständiger

Beizer u. Polierer

für dauernd sofort gesucht.

Adolf Gast, Möbelfabrik
Nürnberg.

Per sofort

tüchtigen Bieger

auf **Haarschmuck** gesucht.

Frankfurter Kammfabrik
Walter & Reich, Frankfurt a. M., Burgstr. 70/74.

Einige tüchtige, solide **Horndrechsler** auf dauernde, lohnende Beschäftigung sucht per sofort Firma **Fritz Heuser, Barmen.**

Tüchtiger **Holzdrechsler** auf Massenartikel sofort gesucht.

H. Hoffmann, Maschinenbetrieb
Preetz i. Holstein.

Tüchtige **Horndrechsler** in dauernde Stellung suchen

H. Hildebrandt & Co., Döbeln.

Tüchtiger Vorarbeiter

für **Zelluloid- u. Galanteriewaren,** sowie Toiletteartikel von größerer Zelluloidwaren-Fabrik **gesucht.** Solche, die befähigt sind, eine Anzahl Arbeiter anzulernen und zu beaufsichtigen, und in gleicher Stellung schon tätig waren, erhalten den Vorzug. Offerten tunlichst mit Photographie, Gehaltsansprüchen und frühestem Eintrittstermin erbeten sub **Z. 7369** an **Haasenstein & Vogler A. G., Frankfurt a. M.**

---

1 tüchtiger Kammschneider

1 Schleifer u. 1 Polierer oder Poliererin per sofort **gesucht.**

Fritz Claussner
Nürnberg-Doos.

Suche sofort 2 tüchtige **Stellmachergesellen** auf dauernde Beschäftigung.

D. Hinrichs
Stellmacherei, Dampfsägerei, Holzhandlung
Harsefeld, Kreis Stade, Pr. Hannover.

---

2 erf. Stellmacher auf Arbeits- und Geschäftswagen bei dauernder Arbeit u. hoh. Lohn gesucht.

J. Tapken, Stellmacherei m. Kraftbetrieb
Wilhelmshaven.

---

2 Korbmacher

auf Grün und Weiß sofort für dauernd gesucht **Julius Carl Kolbe**
Dresden, Kanalgasse 7—8.

---

2 Korbmacher auf Mattarbeit für dauernd gesucht.

Paul Bonnet, Korbwaren-Fabrikation
Eßlingen a. Neckar.

---

3 Korbmacher auf Rohr sofort gesucht bei gut. Lohn. Dauernde Stellg. wird zugesichert.

C. Hoffmann, Korbf., **Cassel,** Wilhelmstr. 8.

Korbmacher auf Mattarbeit sucht sofort

Albert Lobbes
Tangerhütte, Kreis Stendal.

Ein junger tüchtiger **Korbmacher** auf Reise- u. Waschkörbe erhält dauernde Stellung. Hoher Lohn. Reise wird nach 3 Monaten vergütet.

R. Polenz, Einbeck (Hannover).

---

2 tüchtige **Korbmacher,** auf Rohr gut eingearbeitet, finden dauernde Stellung.

Erste süddeutsche Rohrkorbmanufaktur
C. Schloßstein, Heilbronn a. Neckar.

10—15 tüchtige **Korbmacher** auf bessere Peddigmöbel werden sofort eingestellt.

Korbwarenfabrik Richard Thieme
Halle a. S., Mansfelderstr. 48.

2—3 tüchtige **Mattarbeiter** sucht sofort

Otto Müller, Merseburg.

Korbmacher auf Gematt sucht

Emil Eidner
Naumburg, Große Marienstr. 11.

Gesucht **Korbmacher** auf Mattarbeit.

Johs. Heitmann, Altenwalde b. Cuxhaven.

---

2 tüchtige **Korbmacher** auf Grün, Geschlagenes und Mattarbeit erhalten sofort dauernde Beschäftigung.

Paul Winkler, Korbfabrik
Herischdorf i. Rieseng.

Korbmacher auf Geschlagenes und Reparatur gegen hohen Lohn gesucht.

H. Theilmann, Neustadt a. Haardt.

---

1 Bürstenmacher, 1 Haarzurichter gesucht. Stundenlohn 35—45 Pf.

A. Cohen, Emden.

Gesucht tüchtiger **Bürstenmacher.**

Max Schlüter, Bürstenfabrik
Elmshorn.

Tücht. **Freihandbürstenholzbohrer** ges.

O. Oeltze, Holzerfabr., **Gr. Ottersleben** b. Magdb.

Tüchtiger solider **Nagler** für Holzpantoffeln, welcher auch Holzschuhe nageln kann, für sofort in dauernde, angenehme und lohnende Stellung gesucht.

Pantoffeln 6 u. 7 Pf. pro Paar. Holzschuhe 60 Pf. ohne Nebenarbeit. Verheiratete Leute bevorzuge ich.

W. Ehrhardt Nachf., Naumburg a. S.

Ehrenerklärung. Die Beleidigung, die ich gegen den früheren Stockfabrikanten Adolf Brückmann den Stockarbeitern gegenüber ausgesprochen haben soll, nehme ich hiermit zurück.

Hans Remling, Prokurist der Firma Adolf Brückmann, Stockfabrik, Rudolstadt, Thüringerstr. 17.

Gutgeh. **Drechslerei** m. elektrisch. Betrieb weg. Todesf. sof. billig zu verk. Näheres Stolpen, Sachsen, Bischofswerdaerstr. 2, I.

Hausgrundstück in Nerchau i. Sachs., mit langjähr. betriebener **Tischlerei,** sehr schöner geräumig. **Werkstatt,** tadellos. **Werkzeug,** dazu gehörig 1 Acker Feld u. etw. Stallung, wegen Todesfall des Meisters preiswert zu verkauf. Anzahl. 6—8000 Mk. Werte Offert. an **Anna** verw. **Kunze** in **Nerchau,** Sachs.

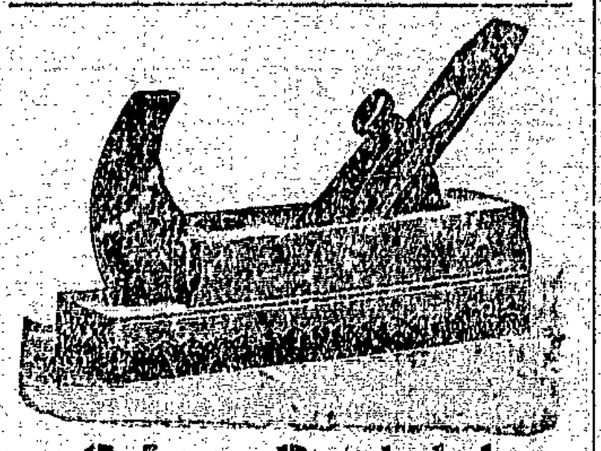
Gelegenheitskäufe!

5 neue Hobelbänke,
Holzspindeln 280 cm lang, à 48,— Mk.
2 neue Hobelbänke,
Holzspindeln 200 cm lang, à 40,— „
2 neue Hobelbänke,
Holzspindeln 170 cm lang, à 36,— „
3 neue Hobelbänke,
Stahlspindeln 200 cm lang à 45,— „

versenden geg. Nachnahme od. vorherige Kasse

Gebr. Haase, G. m. b. H., Hobelbankfabrik
Uelzen.

Kataloge gratis!



Reform-Putzhobel „Matador"

gesetzlich geschützt, übertrifft unstreitbar alle bisher existierenden Putzhobel. Verlangen Sie unseren reichhaltigen Katalog über Werkzeuge gratis und franko.

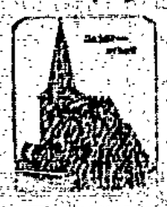
Gebr. Genuit, Cassel 12.

Alles zur Laubsägerei

Kerbschnitt und Holzbrandmalerei
liefert allerbilligst

J. L. Hahn, Maxdorf 11 (Pfalz).
Katalog gratis und franko.

Bauschule Rastede i. Oldb.

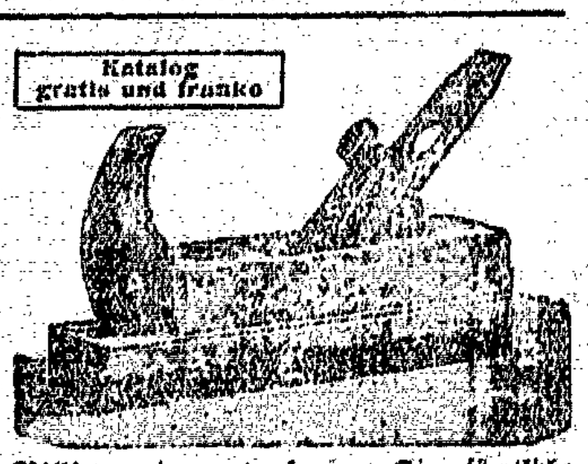


Meister-, Poliere- und Werkmeisterkurse. Vollständige Ausbildung in 5 Monaten. Besondere Abteilung für Tischler.

:: Ausführliches Programm frei ::

Eingelegte Furniere
für Nähtische, Schatullen, Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfennig in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungsschreiben.

E. Biller, Marqueteur, **Heidelberg**
Theater-Strasse 7.



Billig und **gut** kaufen Sie sämtliche Tischlerwerkzeuge von dem

Spezialhaus Heinrich Genuit

Berlin O. 17, Warschauerstr. 41/43.

Neuheit! Neuheit!

Jahns Patent-Winkel-Lineal

sollte in keiner Werkstatt fehlen. Großartige Vorteile, weil keine Schmiege mehr nötig. Zu haben in allen Papiergeschäften; wo nicht, erfolgt direkter Versand. Wiederverkäufer gesucht, hoher Rabatt. Muster gegen 1 Mk. in Briefm. **Moritz Jahn,** Schlosser, **Langenalza.**

Tischlerwerkzeuge, anerkannt das Beste, fabriziert und hält auf Lager **H. Himstedt, Hamburg,** Lge. Mühren 86/87. Preisl. z. Dienst.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel
liefert seit 30 Jahren
Jean Holze & Co.
Hamburg, Besenbinderhof 70.

Für Stellmacher! Der **Kattenmacher** (sehr wertvoll) und **Konstruktion der Windschutzhauben** (neu), beides von J. Feldwabel, Wien. Zu beziehen durch den Vertreter, Kollege **Joh. Maier, Untertürkheim,** Rothestr. 88 I.

Tischler-Fachschule Detmold

Direktor Kolscher, Städt. Schulgebäude.

Aelteste und bestrenommierte kunstgewerbliche Lehranstalt dieser Art.
Vollständig zeichnerische u. kaufmännische Ausbildung in denkbar kürzester Zeit.
Neu angegliedert: Praktische und zeichnerische Ausbildungskurse für Modelltischler.
Eintritt am 1. und 15. jeden Monats.
Auskunft kostenlos.

Deutsches Technikum

Lehr-Institut für Technischen Fern- und Korrespondenz-Unterricht. — Berlin W 50, Kulmbacherstr. 4. Leiter: Regierungs-Bauführer a. D., Dipl.-Ingenieur R. Barkow. — Gediegene theoretische Ausbildung für **Bau- und Möbeltischler:** *Tischlermeister, Werkmeister u. Werkführer von Tischlereien, Möbelzeichner usw. sowie* **Vorbereitung auf die gesetzliche Meisterprüfung** *durch schriftlichen Unterricht nach erfolgreicher Methode und ohne Unterbrechung der Erwerbstätigkeit. — Glänzende Erfolge und Anerkennungen. — Honorar mäßig. Aufnahme zu jeder Zeit.*

Ausführlich. Programm gratis.

Erstkl. Tischler-Fach-Kurse Dresden-A.

Ausbild. f. Werkmstr., Technik. u. Zeichner (Schulgeld mäßig). Direkt. Gempertein, Kronprinzenpl. 6.
Nachweisbar beste Ausbildung.
Alter der Schüler 18 bis 44 Jahre.
Programm frei.

Deutschlands einzige mit Handels-Lehranstalt verb.

Tischlerschule Ilmenau

Schnelle und sichere Ausbildung.

Dir. Steinig.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule

Nürnberg Krelenweg 14. — Erstklassige Lehranstalt. Dir. Carl Maibaum.

Kunstgewerbliche Tischlerschule

Blankenburg, H. 2

Programm frei. Direktor Reinecking.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes Gesellsch. m. b. H. in Berlin.
Druck: Vorwärts Buchdruckerei, Berlin SW. 68.